

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 31. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Volksbank-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Anzeigenpreise:

Die einmalige Kopierbeilage 0,70 Goldmark, Reklamzettel 1, — Goldmark, „Kleine Anzeigen“...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größtens von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Konservative Zweidrittelmehrheit.

5 Mill. Arbeiterstimmen = 151 Mandate — 5 3/4 Mill. konservative Stimmen = 400 Mandate!

London, 30. Oktober. (W.B.) Nach den bis 11 1/2 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen haben...

die Konservativen 400, die Arbeiterpartei 151, die Liberalen 40 und die Unabhängigen 4 Mandate erlangt.

Die Konservativen haben 159 Sitze gewonnen und sechs verloren, die Arbeiterpartei hat 24 Sitze gewonnen und 65 verloren, die Liberalen haben 9 gewonnen und 120 verloren, die Unabhängigen haben keinen Sitz gewonnen und keinen verloren.

London, 30. Oktober. (T.L.) Die konservative Mehrheit ist die größte seit 1832. Trotz der großen Niederlage hat die Arbeiterpartei bisher fünf Millionen Stimmen errungen.

Ein groteskes Wahlergebnis.

Bei der Beurteilung englischer Wahlen muß man stets grundsätzlich zweierlei Dinge unterscheiden: das nackte Wahlergebnis, d. h. die Verteilung der Sitze im Parlament und die Stimmenzahl der einzelnen Parteien.

Die Un Sinnigkeit eines längst überholten Wahlsystems ergibt sich am deutlichsten aus nachstehender Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Party, Mandate, Stimmen (1923), Mandate, Stimmen (1924). Rows: Konservativ, Arbeiterpartei, Liberale.

Die letzteren Ziffern sind zwar nicht endgültig, doch dürften sie ungefähr dem Endergebnis entsprechen. Würde in England das Proportionalssystem gelten, dann wäre das Ergebnis etwa das folgende gewesen:

Table with 2 columns: Party, Mandate. Rows: Konservativ, Arbeiterpartei, Liberale.

Also wegen eines verhältnismäßig minimalen Stimmenunterschiedes bleibt die Arbeiterpartei um mehr als 250 Mandate hinter den Konservativen zurück, die Liberalen haben nicht einmal die Hälfte der Vertretung im Unterhaus, auf die sie Anrecht hätten — und die Konservativen werden als lachende Dritte über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, die ihnen theoretisch und vielleicht auch tatsächlich erlauben wird, während fünf Jahren ungehindert zu regieren, obwohl sie im Volk selbst bei weitem nicht die absolute Mehrheit der Wähler hinter sich haben.

Aber alle Rechnerei vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß die Konservativen einen ungeheuren, in ihrer Geschichte noch nie dagewesenen zahlenmäßigen Triumph erringt haben, während die Arbeiterpartei, soweit ihre Unterhausvertretung in Frage kommt, eine

empfindliche Schlappe und die Liberalen eine vollständige Katastrophe erlitten haben.

Die Liberalen mögen durch das nackte Wahlergebnis noch so hart getroffen sein, sie haben nur das geerntet, was sie selbst gesät haben: ihre schwankende Haltung während der Regierungszeit Macdonalds, der Lebermut, mit dem sie als Jünglinge an der Wage glaubten, mit der Regierung Rache und Mäus spielen zu dürfen, indem sie alle acht Tage einen neuen Vorwand entdeckten, um mit der Entfesselung einer Regierungskrise durch Verstärkung der konservativen Opposition zu drohen, der innere Zwiespalt in ihrer Führerschaft, von der ein Teil unter Lloyd George mit den Konservativen liebäugelte, während der andere Teil unter Asquith eine für Macdonald geradezu vorliegende Vormundhaltung einnahm —, das alles waren Gründe genug, um die Wählerschaft von dieser Partei abzubringen.

Indessen liegt der Zusammenbruch der Liberalen ganz in der Linie der Gesamtpolitik der Arbeiterpartei. Letztere betrachtete sich als die natürliche Erbin des fortschrittlichen Bürgertums und hat keinerlei Interesse daran, das Leben der Liberalen Partei zu verlängern. Sie steht sogar dieser in mancher Hinsicht mit einem größeren Haß als den Konservativen gegenüber. Deshalb die schroffe Ablehnung jeder Koalition zwischen Labour Party und Liberalen durch Macdonald, obwohl eine solche Kombination aus Jahre hinaus der Arbeiterpartei gesteuert hätte, die Konservativen von der Regierung völlig auszuschalten. Die Liberalen hatten übrigens im Dezember 1923 das große Glück gehabt, daß Baldwin durch seine damalige Schutzzollparole ihnen die Möglichkeit zu einem unerhofften Wiederaufstieg gegeben hatte. Die neuen Wahlen beweisen, daß die Spekulation der Arbeiterpartei, auf ein baldiges Absterben des bürgerlichen Liberalismus richtig war. Unter dem Gesichtspunkt einer Politik auf sehr lange Sicht ist diese Zerreibung der Liberalen ein Erfolg für die Arbeiterpartei. Aber unter dem Gesichtspunkt der praktischen Politik in den kommenden Jahren hat die Labour Party keinen Anlaß, sich darüber zu freuen, daß die Liberalen zu einem bedeutungslosen Faktor im neuen Unterhaus geworden sind: mit mehr als 200 Stimmen Mehrheit werden die Konservativen im neuen Parlament manche innenpolitische und außenpolitische Maßnahme treffen können, die durch keine noch so rücksichtslose Opposition behindert werden dürfte. Indessen: bei den konsolidierten verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Großbritanniens kann es sich die Arbeiterpartei zur Not leisten, die Regierung der reaktionärsten Partei zu überlassen und sich auf Opposition und Agitation zu beschränken. In Deutschland wären, so wie die Dinge heute bei uns liegen und bei der Mentalität unserer Bürgerblodparteien, derartige Experimente für unsere junge republikanische Staatsform und für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sehr zweifelhaft, wenn nicht gar gefährlich.

Die Arbeiterpartei hat etwa 50 Mandate verloren, dagegen mehrere hunderttausend Stimmen im Vergleich zum Vorjahre gewonnen. Es ist daher ein albernere Gerede, wenn unsere reaktionäre Presse zu behaupten wagt, die englischen Wählermassen hätten der Regierung Macdonalds den Rücken gekehrt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeiterpartei befindet sich nach wie vor im Aufstieg und ihre Aussichten, weitere Massen zum Sozialismus und zum Klassenbewußtsein zu bekehren, werden sich in den kommenden Zeiten, in denen sie wieder frei von staatspolitischen Fesseln sein wird, erst recht steigern. Macdonald hat nicht allein von seinen bisherigen Wählern ein Vertrauensvotum erhalten, sondern neue Hunderttausende davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft reif für die Regierung ist und daß dem Sozialismus die Zukunft gehört.

Das Tragikomische dieser Wahl ist, daß die Konservativen ihren Sieg offenkundig einer Partei verdanken, die in England sozusagen gar nicht besteht. Der Triumph Baldwin ist ein Erfolg der kommunistischen Internationalen, das größte Verdienst an der ungeheuren Stärkung der englischen Reaktion gebührt Herrn Griska Sinowjew. Wie die italienischen Kommunisten

Herrn Mussolini in den Sattel geholfen haben, wie die deutschen Monarchisten ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen in der Hauptsache den Kommunisten verdanken, so haben sich die Bolschewiki wieder einmal um die Weltreaktion verdient gemacht. Das sind die „Etappen“ der kommunistischen „Weltrevolution“!

Man möchte sagen, daß es fast belanglos ist, ob das Schreiben Sinowjews, das unmittelbar vor der Wahl den Konservativen als Wahlbombe diente, echt oder gefälscht sei. Das wird sich wohl niemals einwandfrei feststellen lassen. Allein die Tatsache, daß ein solches Schreiben als echt veröffentlicht werden konnte, ist bezeichnend und ausschlaggebend. Zu Duzenden hat der ebenso eingebilddete wie ignorante Vorsitzende der Moskauer Exekutive in den letzten Jahren an die kommunistischen Parteien aller Länder solche bößsinnig-verbrecherischen Instruktionen erteilt. Es ist nicht allzu lange her, daß derselbe Sinowjew an die deutschen Kommunisten die öffentliche Aufforderung richtete, sich mit Gewalt Waffen-deposits der deutschen Reichswehr und Schutzpolizei anzueigenen. Auch wenn das Schreiben an die mehr oder minder fahgenhafte britische Kommunistenpartei eine Fälschung ist, so spricht die Tatsache Bände, daß man es nicht als eine Fälschung sofort entlarven konnte, weil die Wahrscheinlichkeit und die Bräude der Fälle für seine Echtheit sprachen. Die Wahlbombe der Konservativen hat ihre Schuldigkeit getan. Macdonald kann gehen.

Die dummen Auguste, die die internationale kommunistische Presse redigieren, stellen in den letzten Tagen mit stolzer Befriedigung fest, daß durch den Streit um das Sinowjew-Dokument „der Kommunismus den englischen Wahlkampf beherrsche“. So stand es sowohl in der Pariser „Humanité“ wie in der Berliner „Roten Fahne“ zu lesen und so äußerte sich auch Sinowjew selbst in einer Erklärung an die Moskauer Telegraphenagentur. Ueber diese Art der „Beherrschung“ eines Wahlkampfes werden sich Baldwin und seine Parteifreunde ins Häufchen lachen. Sie fürchten den Bolschewismus ungefähr so, wie der Besucher eines naturwissenschaftlichen Museums eine im Alkohol konservierte Kreuzotter. Aber den englischen Wählern — besonders im Zusammenhang mit den von ihnen stark angegriffenen englisch-russischen Handelsvertrag — den Bolschewisten schreck einzujagen, dazu war ihnen Herr Sinowjew gerade noch gut genug.

Man mag über die Moralität einer solchen Kampfesweise verschiedener Ansicht sein — es läßt sich leider nicht leugnen, daß die Arbeiterpartei in der Behandlung der russischen Probleme das Spiel der „Daily-Mail“-Redakteure und sonstiger sozialistenfeindlicher Ehrenmänner erleichtert hatte. Es liegt uns fern, an der Politik unserer englischen Genossen in der Regierung Kritik zu üben. Sie hatten bei den letzten Wahlen die Parole der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland und der Wiederbelebung des Handels durch diese Wiederaufnahme ausgegeben und sie haben mit anerkannter Folgerichtigkeit ihr Wort gehalten. Aber verschiedene Anzeichen in den letzten Wochen mußten uns, die wir hinsichtlich der Mentalität und der Strupellosigkeit der Moskauer Machthaber manche Erfahrung gesammelt haben, bedenklich stimmen.

So Großes und Bewundernswertes die Regierung Macdonald als Minderheitsregierung und ohne eigene Presse, sondern nur mit der ungeheuren Kraft unerschütterter moralischer Machtmittel geleistet hat, so sehr mußte ihre Politik Sowjetrußland gegenüber ihr zum Verhängnis werden. Die Londoner Konferenz, die Genfer Völkerbundstagung, die Herabsetzung der Lebensmittelpreise durch Abschaffung verschiedener Steuern, die talkräftige Bekämpfung der Wohnungsnot, das alles waren großartige außen- und innenpolitische Leistungen der Regierung Macdonald, die in der Geschichte Großbritanniens einen Ehrenplatz einnehmen werden und auch vom englischen Volk selbst anerkannt wurden, wie der Stimmenzuwachs der Labour Party beweist. Um so betrübender ist der Gedanke, daß diese für die ganze internationale Arbeiterschaft so hoffnungsvolle Entwidlung mit Hilfe von Männern jäh unterbrochen werden konnte, die vorgeben, der Arbeiterklasse zu dienen und die in Wirklichkeit überall, wo sie die Politik auch nur vorübergehend „beherrschen“, nur Unheil anstiften zum Vorteil der internationalen Reaktion.

800 000 Stimmen gewonnen!

Kopenhagen, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Sozialdemokraten“ erhält von dem in London weilenden Genossen Anberjen die Nachricht, daß die Arbeiterpartei am gestrigen Wahltag 800 000 Stimmen mehr erhalten hat als bei der vorigen Wahl.

Macdonald wiedergewählt.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) 8 Uhr abends lag in London folgendes Ergebnis vor: Konservativen 393, Arbeiterpartei 149, Liberale 40, Unabhängige Liberale 4, Genossenschaftler 5, konstitutionelle 3 und kommunisist 1 Sitze. Bisher sind 595 Abgeordnete gewählt, 20 Sitze stehen noch aus. Die Konservativen haben bis 8 Uhr 149 Sitze gewonnen, die Arbeiterpartei 40 verloren und die Liberale Partei 110 verloren. Die konservativen hatten bis 8 Uhr abends 191 Sitze mehr als alle übrigen Parteien zusammen. Eine ähnliche sprunghafte Veränderung der Zusammensetzung des Parlaments ist schon 1906 einmal erfolgt, als die Liberale ihren großen Sieg über die konservativen erfochten und mit 376 Abgeordneten in das Parlament einzogen. Fast alle Kabinettsmitglieder sind wiedergewählt, auch der Premierminister Macdonald mit einer 2100-Stimmen-Mehrheit.

Bevorstehender Rücktritt der Regierung.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie sehr der Zufall bei dem englischen Wahlsystem das Wahlergebnis entscheidend beeinflusst, beweist am besten die Tatsache, daß 3. B. um 3 Uhr nachmittags das Verhältnis der abgegebenen Stimmen der einzelnen Parteien folgendes war: Konservativen rund 5½ Millionen, Arbeiterpartei 4 Millionen, Liberale 2 Millionen. Da zu diesem Zeitpunkt noch rund 200 Wahlkreise ausstanden, erschien der Beweis für einen außerordentlichen Stimmenzuwachs der Arbeiterpartei bereits erbracht. In einer großen Anzahl „dreieckiger“ Wahlkreise ist der Arbeiterkandidat von der dritten Stelle an die zweite gerückt. Macdonalds Sohn und Baldwin's Sohn sind als Kandidaten der Arbeiterpartei mit kleiner Minorität unterlegen. Macdonald ist um 6 Uhr abends aus seinem Wahlkreis Aberdonn zurückgekehrt. Voraussichtlich werden die Mitglieder der Arbeiterregierung noch in den späten Abendstunden zur Besprechung über die politische Lage zusammenzutreten. Das Kabinett wird wahrscheinlich den Zusammentritt des neuen Unterhauses nicht abwarten, sondern noch Ende dieser Woche zurücktreten.

Eine spätere Meldung spricht bereits von 5 Millionen Stimmen für die Arbeiterpartei. Das ist die größte bisher erreichte Stimmenzahl der britischen Arbeiterpartei.

Macdonald jubelnd empfangen.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald wurde bei seiner Ankunft auf der Station Paddington unbeschreiblich enthusiastisch begrüßt. Er machte physisch den Eindruck, von den Anstrengungen des Wahlkampfes sehr erschöpft zu sein. Von der morgigen Sitzung des Ministeriums wird die Entscheidung über den Zeitpunkt des Rücktritts erwartet.

Die Niederlage der Liberalen.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das bisherige Ergebnis der Parliamentswahlen wird natürlich nicht nur in den Zeitungen, sondern auch in den politischen Kreisen sehr lebhaft kommentiert. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht merkwürdigerweise weder der Sieg der Konservativen noch der Wanderverlust der Arbeiterpartei, sondern die in England als vernichtend angesehene Niederlage der Liberalen. Daß die Arbeiterpartei trotz des heißen Kampfes ihre Wähler an der Stange hat halten können, gilt überall als Beweis der festen Macht der Arbeiterpartei. Man sieht in dem bisherigen Wahlergebnis ein Anzeichen der Rückkehr zum Zweiparteiensystem und glaubt, daß in Zukunft das Fehlen der parlamentarischen Macht, das sich sonst zwischen Konservativen und Liberalen bemerkt hat, fortan zwischen den Konservativen und der Arbeiterpartei schwingen wird. Daß die liberale Partei niemals wieder in die Lage kommen wird, der Arbeiterpartei den Rang abzulaufen, hält man für vollkommen ausgeschlossen.

London, 30. Oktober. (W.Z.) Asquith erklärte in einer Rede, er habe durchaus nicht die Absicht, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen und er werde sich wieder aufstellen lassen. Die Liberalen seien nicht niedergeschlagen, sie müßten die Entscheidung im Geiste von Sportsmännern annehmen. Er bedauere das Ergebnis der Wahlen als einen ersten Schlag für die liberale Partei.

Der Erbfeind und die Erben.

Von E. H. A.

Ueber die Toten soll man mit Gutes reden — wenn man kann. Ueber Sinnes könnte man nicht einmal Gutes reden, als er noch lebte. Er hatte die Gewohnheit, zu dementieren, wenn man ihm etwas Sympathisches zumutete. Nun er tot ist und in der Bahnhalle der verstorbenen Großindustrielle, erfährt man, daß er in — Paris eine französische Filmgesellschaft gegründet, finanziert und besessen hat: die „Ciné-France“. Einer der größten Filme, den diese Gesellschaft herausgebracht hat, behandelt das Leben des französischen Heldenkönigs Henri des Dritten. Es ist die Art der Großindustriellen, Nationalhelden zu feiern. Wandmal sind es deutsche, es können auch französische sein. Wie's trifft! Dieser französische Held hat dank der Finanzierung des Herrn Sinnes sogar eine Filmrolle von achtzig Minuten erreicht. In dem Riesenzuwachs dieses Franzosenkönigs ist neben Sinnes auch noch die französische Regierung mit einigen Subventionen beteiligt.

Man sieht also den „Erbfeind“ mit dem „vaterländischen“ Deutschen Schulter an Schulter mitten in der Internationale der „Branden“. Als ein dritter Bundesgenosse kommt noch der „Ratin“ hinzu, jenes französische Biest, das sich zwar durch sein Niveau sehr bedeuend, durch seine Gesinnung nicht sehr merktbar von den deutschen patriotischen Zeitungen unterscheidet. Ja, niemand anderer wie der „Ratin“! Denn der Hauptaktionär vom „Ratin“ ist der Hauptaktionär von der „Ciné-France-Filmgesellschaft“. Und diese vertreibt die Filme der Sinnes-Gesellschaft „Ciné-France“. So macht der „Ratin“ Reflektoren für die Sinnes-Filme. Für das Geld des Herrn Sinnes! Für den Gewinn des Herrn Sinnes! Und es ereignet sich das nicht sehr seltene, aber selten schmerzliche Moment einer Verbrüderung zwischen dem Erbfeind und den Erben. Demen des Sinnes nämlich.

Ueber die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezieht sich nicht, diese Geschichte ihren patriotischen Lesern mitzuteilen. Sie wird sich mit Recht hüten. Denn man würde dann vielleicht merken, wie man Krüge finanzieren kann — gegen Frankreich; indem man zuerst Frankreichs Filme finanziert. Man amüsiert das Volk, um es dann tönen zu können.

Sinnes selbst ist tot. Es läge nahe, vor der Majestät des Todes zu schweigen. Wäre dieser nicht so ohnmächtig gegenüber dem Kapital. Wichtig ist er nur, wenn er sich mit Profiteuren abteilt, um sie zu „Helden“ zu machen. Auf einem Ehrenfeld hat er es leicht, Wassen zu treffen.

Im Sanatorium begnügt er nur einzelnen . . .

Der 13. Verleger der Landsberg Kunst- und Buchhandlung, Kurlfürstenstr. 201, Kurlf. am 1. November Sonntag, 11 Uhr, in der „Gabel“, Kurlf. am 1. 11. 1924 bei Feuerwehler's Markt. 11. 11. 1924. Heinrich Ernst Jacob, Rudolf Leonhard, Franz Kolon, Hans Schackewer, Georg Winter. Eintritt frei.

Der Erdutsch der Deutschnationalen.

Wer kommt wieder?

Die Presse der Rechten hat bisher nicht gewagt, ihren Lesern die Wahrheit über Hamburg zu sagen, über die gewaltige Niederlage, die die Deutschnationalen, die Böckischen, die Kommunisten erlitten haben. 56 000 Stimmen haben die Rechtsparteien verloren, 36 000 ihre kommunistischen Bundesgenossen! Wie das den Lesern sagen? Wie sag' ichs meinem Kinde?

Nun macht die „Deutsche Zeitung“ den Anfang. Durch tagelanges Briten über das Hamburger Resultat hat sie glücklich herausgefunden, daß nach diesem Vorspiel ein erkledlicher Teil der deutschnationalen Abgeordneten nicht wiederkommen wird:

„Obgleich wir uns nicht verschließen, daß die Weiterentwicklung vom 4. Mai 1924 zum 26. Oktober 1924 symptomatisch werden kann für das Reich. In diesem Falle aber würden im kommenden Reichstag abermals 100 Sozialdemokraten sitzen, dagegen nur etwa 12 (statt 34) Nationalsozialisten und 78 (statt 106) Deutschnationale!“

Das haben die Deutschnationalen nun glücklich herausgefunden, und sie müssen sich betrübt einstellen, daß ihnen die Wähler davongelaufen sind. Um so eifriger interessieren sie sich jetzt für die Zusammensetzung der Kandidatenliste. Die Bombe von Hamburg dient den deutschnationalen Reinsägern als Argument für die Abfägung der Isager. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Um die Nichtwähler wieder zu Wählern zu machen, muß ihnen also die unbedingte Gewähr gegeben werden, daß in Zukunft schließlich völkisch-nationale Politik getrieben wird und nicht irgendwelche Parteipolitik. Sie werden nur solchen Männern ihre Stimme geben, zu denen sie das Vertrauen haben, daß sie zielentschlössen ihren eigenen Weg gehen, unbeeinträchtigt durch parlamentarische Rücksichten. Alles kommt also an auf die Zusammensetzung der Kandidatenliste.“

Darauf kommt es ihnen jetzt an. Ein großer Teil der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten kommt nicht wieder — wen soll es treffen? Das verschärft die Kauferel der Deutschnationalen um die Listen. So eröffnet die „Deutsche Zeitung“ eine Generallösung:

„Nun hören wir das fast Unglaubliche, daß es doch eine Stelle gibt, wo man den Ernst der Lage zu verkennen scheint. Und diese Stelle ist — das ist das fürchterliche daran — diejenige Parteiführung, welche den Beruf hätte, das feinste Gefühl für die Strömungen zu zeigen, die das nationale Leben durchfluten. Es heißt, daß Kandidaten, die das Vertrauen ihrer Wahlkreise verloren haben, auf die Reichsliste gesetzt werden sollen — darunter der verhängnisvolle Professor Hochstet und ähnliche politisch schwankende Gestalten. Wenn derartiges geschieht, wäre die Katastrophe unvermeidlich. . .“

Es gilt, einen Entschluß zu fassen, ob die Partei auch weiterhin gewillt ist, die Wege zu wandeln, die sie so offensichtlich von der Höhe des 4. Mai zum Harnack des 29. August geführt haben, oder ob sie nun den Schlußstrich machen wird unter die bisherigen Jammerfestigkeiten und politischen Unehrlichkeiten.

Die Reichsliste wird zunächst der Grabwetter dafür sein, ob und in welchem Umfange die nötige Reform an Haupt und Gliedern ernstlich gewollt ist.

Es muß nochmals den verantwortlichen Männern der Deutschnationalen Partei gesagt werden, daß es so unmöglich geht, und daß die Geduld ihrer völkisch gerichteten Wähler jedenfalls erschöpft ist. So dich ein Mitglied ärgert, so reiße es ab und wirf es ins Feuer!

Neben der Reichsliste die Wahlkreislis! Aus Kurlf. lassen die „Deutsche Zeitung“ sich eine Zuschrift senden, in der entristet gegen die Absicht protestiert wird, den Herrn von Vindelner dort unterzubringen, aus Weser-Ems läßt sie die Abfägung der Isager Bismarck und Harnack und des „Parlamentarier'schlechte“ Hennig verlangen. Mit solchen Sorgen und Kandidatenhändeln belastet, gehen die

Deutschnationalen unter dem niederschmetternden Eindruck der Hamburger Wahl in den Wahlkampf. Ahnungsschwer heißt es am Schluß der Zuschrift aus dem Wahlkreis Weser-Ems an die „Deutsche Zeitung“: „Viele werden deshalb am 7. Dezember zu Hause bleiben.“

Bei uns aber geht jeder Mann und jede Frau zur Wahl! Drauf und dran: Parole Hamburg!

Preisabbau und Steuerfrage.

Beratungen der Reichsregierung.

Im Reichsfinanzministerium fanden schon seit längerer Zeit Beratungen über neue Steuerermäßigungen statt. Diese Ermäßigungen sollen, wie auch in den Lohnverhandlungen der Eisenbahner von dem Verwaltungsrat der Reichsbahn zum Ausdruck gebracht wurde, einen Teil der geplanten zweiten Preisabbauaktion darstellen. Am Freitag nahmen die Vertreter der Länder an den Beratungen im Reichsfinanzministerium teil. Das Ministerium befreit zwar, daß die Besprechungen mit den Vertretern der Länder auch der Steuerermäßigung gelten. Ein solcher Zusammenhang bleibt aber unbestreitbar, da vom Finanzministerium für den Sonnabend positive Mitteilungen über den Umfang und die Art der Steuerermäßigungen angekündigt worden sind. Eine besondere Schwierigkeit für die Steuerermäßigung liegt darin, daß gegenwärtig kein Reichstag vorhanden ist. Man wird sich aber wahrscheinlich auch hier, ähnlich wie das für die Ratifizierung des Handelsabkommens zwischen Deutschland und Österreich geplant ist, mit dem § 48 der Reichsverfassung helfen. Allerdings kommt die Anwendung des § 48 nur für ganz bestimmte Steuern in Frage.

Justizskandal im Hitler-Prozess.

Privatpersonen als Zuhörer der Geheimnisse.

München, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Man erinnert sich, daß es im großen Hitler-Prozess einige Sensation machte, als die Verteidigung davon Kenntnis gab, daß ein gewisser Oberst Schraudenbach als ehemaliger Generalfeldwebel Dinge aus den geheimen Sitzungen, denen er merkwürdigerweise beiwohnen durfte, gegen Bezahlung einem gewissen Verleger mitteilte und zu diesem Zweck auch einen Betrag abgefordert habe. Diese Angaben der Verteidigung veranlaßten die „Münchener Post“ damals, eine außerordentlich scharfe Satire auf den Oberst Schraudenbach und die Offizienten des Hitler-Berichts zu schreiben. Das bewog den Herrn Generalfeldwebel zu einer Beleidigungsklage, da er inzwischen nachweisen konnte und nachgewiesen hatte, daß die Angaben der Verteidigung nicht richtig waren. Diese Beleidigungsklage wurde am Donnerstag vor dem Amtsgericht München ungeduldet und der verantwortliche Redakteur unseres Particiklattes zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, nachdem der Richter es abgelehnt hatte, ein Beweisantrag des Verteidigers des Beklagten entgegenzunehmen, weil ihm die ganze Angelegenheit schon hinreichend geklärt schien.

Der Prozess interessiert aber vor allem deswegen, weil man endlich erfährt, in welcher Eigenschaft der seinerzeit diegenannte Generalfeldwebel Schraudenbach den geheimen Sitzungen im Hitler-Prozess, die nicht nur aus Gründen der Landesverteidigung, sondern auch aus politischen Gründen das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten, beiwohnen konnte. Schraudenbach gab nämlich selbst an, es sei unrichtig, daß er als Vorgesetzter eines Ehrenrats bayerischer Generalfeldwebel beim Prozess zugegen gewesen sei. Er sei zweiter Vorgesetzter der Generalfeldwebelvereinigung, der auch verschiedene Angeklagte damals angehört haben. Aus diesem Grunde habe er um eine Zuhörerkarte nachgesucht. Um die Erlaubnis zur Anwesenheit in den Geheim-sitzungen habe er nicht nachgesucht, sei aber erteilt gewesen, daß er zugelassen wurde. Danach steht fest, daß Schraudenbach als vollständiger Privatperson, lediglich als zweiter Vorgesetzter des Generalfeldwebelvereins, den geheimen Verhandlungen eines Prozesses mit einer detarlig politischen Tragweite beiwohnen konnte. Der Justizminister wird alle Veranlassung haben, sich auch mit dieser neuesten Untiefe des skandalösen Hitler-Prozesses zu befassen.

Der Kongress von Concord.

(Oktober 1774.)

Revolutionen sind nicht äußerliche, katastrophale Ereignisse, sondern langsame, unmerklich wirkende Umstellungen im Denken und Fühlen der Völker. Erst wenn der Abstand zwischen dem neuen Empfinden und den veralteten Zuständen eine gewisse Größe erreicht hat, entzündet sich — nicht immer! — die Spannung in gewaltigen Ereignissen, ohne daß sich selbst dann die Mitbeteiligten der revolutionären Tragweite ihres Tuns bewußt sind. So war es gewiss auch der Fall bei jenen Männern, die im Oktober 1774 zum Kongress in Concord (Massachusetts) zusammentraten, und damit den ersten Lebensakt einer neuen Republik bekundeten, die heute, nach 150 Jahren, der mächtigste Staat der Welt ist.

Großbritannien, damals von einem seiner mächtigsten Abhängigen regiert und unter der Herrschaft einer habgierigen ausländischen Dynastie, führte kostspielige Kriege, für deren Kosten das gänzlich unbedeutende Volk aufkommen mußte. Als es das nicht mehr konnte, sollten die erst recht unbedeutenden Ansiedler Neuenglands herangezogen werden. Bereits das Stempelsteuergesetz von 1768 hatte erste Unruhen hervorgerufen. Besonders in dem damaligen Bort der Kolonie, Boston, regte sich lauter Widerspruch. Militär wurde geschickt. Am 5. März 1770 kam es aus unbedeutendem Anlaß zu einer Schießerei, bei der viele Bürger getötet wurden. Neugierig war die Ruhe hergestellt; im Herzen blieb, vielen wohl unbewußt, der Wunsch nach Rache für das „Bostonmassaker“. Dann kam das bekannte Teesteuergesetz von 1773. Die Stadtbehörde verweigerte die Ausübung der Akten, die Regierung bestand darauf, da mit der Landung die Einfuhrabgabe fällig wurde. Am 16. Dezember warfen als Indianten verkleidete junge Leute die Akten ins Wasser; ein toller Streich, aber gewiss noch keine Revolution, wie manche Geschichtsschreiber es darstellten. Wieder landete Militär. Aber diesmal ging man weiter. Unerhörte Eingriffe in die gewohnte Selbstverwaltung erfolgten: Die Gerichtsbeamten wurden der britischen Behörde unterstellt, Kapitalverbrechen zur Aburteilung außer Landes, nach Nova Scotia oder England, verwiesen. Versammlungen der Bürgerschaft wurden verboten. Endlich fiel der entscheidende Schlag, am 1. Juni 1774 wurde der Hafen von Boston geschlossen; auch nicht das kleinste Boot, keine Fähre durfte mehr verkehren. Einfuhrschiffe wurden Karbidier und Salem, letzteres auch Hauptstadt. Aber der Geist der Ansiedler ließ sich nicht beugen. Sie verweigerten jeden Handelsverkehr mit England; erhielten erzwungenen Zutritt von Rohwaren und Fernhandelswaren. General Gage wußte sich nicht anders zu helfen, als den Massachusetts General Court (Parlament) in Salem aufzulösen. Die Mitglieder traten nach im selben Monat in Concord, außerhalb der Befestigungszone, wieder zusammen, und ihre nunmehr illegal gewordene Versammlung nannten sie „Kongress“. Diesem ersten Provinzialkongress folgten andere, aus ihnen ging der Allgemeine Kongress der 13 Vereinigten Staaten von Amerika hervor. Es kam der Krieg, es kam die Freiheit. Am 17. März 1776 verließ der letzte britische Soldat die Stadt Boston, die Wiege der Republik.

Tagung der Deutschen Schopenhauer-Gesellschaft in Weimar. Am 26. und 27. Oktober hielt die Deutsche Schopenhauer-Gesellschaft ihre

diesjährige Tagung in Weimar ab. Charakteristisch für die Ausführungen der vier Redner war, daß sie sämtlich in Anlehnung an Schopenhauers eigene Stellung der Universität gegenüber beständig Front machten gegen professorale Weltweisheit und Kathedrophilosophie. Leider brachten sie selbst nicht eigene freischöpferische Gedanken, die über das Niveau der angebotenen Professorenphilosophie hinausgegangen wären. Am höchsten standen die Ausführungen des Sekretärs der Gesellschaft Dr. Franz Meißner-Dresden, der gerade in der Schopenhauerischen Weltanschauung den Anfang kultureller Erneuerung sieht. Seine Darlegungen, daß die Weltentwicklung vom Individualismus zum Sozialismus und damit vom Chaos zum Kosmos führt, waren aus soziologisch interessanter. Mehr als gewohnt waren die Versuche eines anderen Redners, aus Schopenhauers „Welt als Wille und Vorstellung“ ein psychoanalytisches Weltbild oder vielmehr besser Seelenbild zu konstruieren im Anschluß an die Theorien Freud's. Besser glückten die Ausführungen des letzten Referenten bei seinem Vergleich Kant'scher und Schopenhauer'scher Ethik, in dem er Kant's kategorischen Imperativ als rationalistisch, Schopenhauers auf Willensfreiheit begründete Ethik als aus den Tiefen des unbewußten Gefühlslebens geschöpft aufgezeigt. Schön war eine anschließende Nietzsche-Gedächtnisfeier im Deutschen Nationaltheater, die eingeleitet wurde durch Stücke aus Nietzsche's „Schopenhauer als Erzieher“. Nietzsche's Kompositionen, von anderen (darunter Ansoffe) für den Vortrag eingerichtet, sind interessant deshalb, weil sie die künstlerisch schöpferische Vielseitigkeit des Dichterphilosophen aufs neue dortum. Eigene musikalische Bedeutung kann man ihnen kaum zumessen.

5. 5.
Kommunale „Kunstpflege“. Der Vorstand des Vereins Berliner Künstler hat an die Tiefbaudeputation des Magistrats Berlin folgendes Schreiben gerichtet:
„Das Karmordentmal Schillers am Gendarmenmarkt, hergestellt von Reinhold Begas, ist durch eine von der Tiefbaudeputation beauftragte Steinmetzfirma in unglücklicher Weise mit der Zimmermannstrapsel, Karborantum und Salzlauge behaftet worden, wodurch die Oberflächengestaltung des Künstlers verlorengegangen ist. Wir erheben Einspruch gegen einen derartigen Vandalismus, der sich an einem der besten Denkmäler Berlins vollzogen hat.“

Radio bei den Eskimos. Auch die Eskimos sind jetzt mit den Wundern des Rundfunks bekanntgemacht worden und erblicken darin einen neuen starken Zauber, den der weiße Mann sich dienstbar gemacht hat. Aber auch dem Polarforscher, der sich in der Einsamkeit des ewigen Eises verirrt, bietet der Radioapparat ungeahnte Möglichkeiten. Von diesen Rundfunkfreuden im höchsten Norden erzählt Kapitän Donald Mac Millan, der kürzlich mit seinem Schoner „Bowdoin“ nach einem Aufenthalt von 15 Monaten in der Arktis nach New York zurückgekehrt ist. „Kein Tag und keine Nacht ist in dieser dunklen Winterzeit des Nordens vergangen, an dem wir nicht Neigkeiten aus aller Welt erfahren hätten“, erzählt er. „Wir hörten die Radiostationen von England, Deutschland und Japan. Ja, wir konnten die Stimmen unserer Freunde erkennen. Die Einsamkeit der Polarwelt ist gebrochen. Radio hat die ganze Welt erobert. Der Radio-Apparat ist die wertvollste Ausrüstung, die der Polarforscher mitnehmen kann. Er wird dadurch infand gesetzt, seine Uhr genau bis auf eine Zehntelsekunde zu stellen, er

Wer sind die Blamierten?

Deutschnationale und Spartakistenstandale.

Die Deutschnationale Presse tückte vor einigen Tagen wieder einmal mit Spartakistenstandalen auf. Obwohl sie selbst zugab, daß sozialdemokratische Verwaltungsbeamte mit der Sache nichts zu tun hatten, versuchte sie es durch einen ebenso plumpen wie unsauberen Trick so hinzustellen, als seien Mitglieder der sozialdemokratischen Partei für die Fälle verantwortlich. Wie sich jetzt herausstellt, endet die Angelegenheit mit einer Kiesenblamage der Deutschnationalen.

Es ist nämlich der Initiative des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Merseburg, Genossen Grünher zu verdanken, wenn überhaupt in Mitteldeutschland durchgegriffen wurde. Genosse Grünher hat die Aufsichtsbörden der Spartakisten, Landräte und Bürgermeister, angewiesen, eine gründliche Kontrolle aller Sparinstitute vorzunehmen. Und dabei wurde dann allerdings allerhand zutage gefördert.

Erst kam die Torgauer Sparkasse, bei der etwa eine halbe Million Defizit ist, dann Delitzsch, wo der Sparkassendirektor, zu gleicher Zeit Fraktionsvorsitzender der Deutschnationalen in der Stadtkasse, die Sparkasse um „nur“ 25 000 M. geschädigt hat. Dann geriet die Girokasse in Elsterwerda in Schwierigkeiten, und heute stellt sich bei der Bitterfelder Kreissparkasse heraus, daß nach einer vom dortigen sozialdemokratischen Landrate angeordneten Revision ein Defizit von über 400 000 M. festgestellt wurde. Der verantwortliche Direktor dieser Sparkasse heißt Kuyte und ist — Mitglied der Deutschnationalen Partei! Er hat das Vertrauen des Landrats in größter Weise getäuscht. Er hatte u. a. entgegen den Satzungen und ohne Wissen des Landrats bei einer Privatfirma ein Konto von fast 100 000 M. auslaufen lassen. Er gab in dem einen Falle sein Verschulden zu, verschwieg aber die übrigen Fälle. Die Revision erwies zweifelsfrei die Schuld des „treuen Mannes“. Er ist jetzt seines Amtes enthoben worden. Weitere Verfahren schweben. Einen erheblichen Schuldteil trägt die Girozentrale in Magdeburg, an deren Spitze der Generaldirektor Hartmann steht, der beileibe kein Sozialdemokrat ist. Die Girozentrale hat es verabsäumt, ihrer Pflicht einer ständigen und gewissenhaften Revision aller dieser Kassen nachzukommen.

So sehen die „sozialdemokratischen“ Spartakistenstandale aus, wenn man sie aus dem deutschnationalen Jargon ins Hochdeutsche übersetzt. Angesichts der Tatsache, daß in die peinliche Affäre auffallend viel Mitglieder der Deutschnationalen Partei verwickelt sind, liegt der Gedanke nahe, daß die Wendung von den „sozialdemokratischen“ Spartakistenstandalen absichtlich von deutschnationaler Seite in die Öffentlichkeit lanciert wurde, um die Aufmerksamkeit von dem tatsächlichen Sachverhalt abzulenken. Daß sie in der Kunst des Verdrehens zwar nicht Meister, aber nur allzu begeisterte Dilettanten sind, haben die Deutschnationalen ja nicht nur in ihrem — glücklicherweise negativen — Verkehr mit der Sozialdemokratischen Partei bewiesen.

Gesellschaftsfeme über Ludendorff.

Dem Schicksal Trübsal, Deimling und Schönauisch verfallen.

Der Streit zwischen Ludendorff und Rupprecht hat einen tragikomischen Abschluß gefunden. 27 von den 36 Generalen der ehemaligen kgl. bayer. Armee haben sich am 25. Oktober unter dem Vorhitz Rupprechts zusammengefunden und folgenden Beschluß gefaßt:

„Auf Grund der sämtlichen über den Konflikt seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen von Bayern mit dem General Ludendorff vorliegenden Aktenstücke erklären wir folgendes: General Ludendorff hat in der Öffentlichkeit gegen Seine königliche Hoheit den Kronprinzen eine beleidigende Beschuldigung erhoben. Er hat sich, nachdem ihm nachgewiesen worden war, daß seine Behauptung unwahr sei, geweigert, die Beschuldigung in angemessener Weise öffentlich zu widerrufen. Das von Seiner königlichen Hoheit in ständiger Berührung mit der Außenwelt und ist über das Schicksal seiner Freunde, seines Landes unterrichtet. Die Kalinos, die mit uns die Radiomeldungen hörten, werden dieses Ergebnis niemals vergessen. Der Film und der Rundfunk erscheinen ihnen als reine Zauberei. Sie kamen in ihren Hundstehischen Hunderte von Kilometern durch Eis und Schnee, um diese ungläublichen Wunder zu sehen.“

Der Rhythmus des Zeichners. Alfred Rubin, der geniale Graphiker, der schon so manche seine Beobachtung aus dem Reich des Unbewußten schriftlich festgehalten hat, äußert sich im neuesten Heft des „Piper-Beien“ über die Art seines Schaffens und unterwirft dabei zwischen Rhythmus und Konstruktion. Der Rhythmus ist der unbewußt von selbst sich einstellende Zug der Hand, dem dann zur Vollendung des Kunstwerks die Konstruktion, der klare Formgedanke, folgen muß. „Auf unerklärliche, dunkle Weise“, schreibt er, „teilt sich der Rhythmus den Strichen, die über das Papier legen oder sorgsam hingeleitet werden, als Schwung oder Hemmung mit und verleiht so der Zeichnung jene unwechselbare Prägung, die wir als „persönlich“ empfinden. Ähnlich wie bei den Handschriften kann man auch hier sagen, soviel zeichnende Hände, soviel Rhythmus. Wo schon in der angebotenen Begabung wurzelt der Rhythmus, und Ueberung wird ihn mehr oder weniger bereichern, schmelzbarer oder starrer machen, unter Umständen bis zur Konter. Der Pulsschlag des Menschen verwandt, enthält er dem Kundigen manches von den feinsten Eigenschaften des Künstlers, daher liegt im Rhythmus auch die geheime Anziehungskraft, die verwandte Seelen zueinander zwingt. Die zahllosen, durch die ganze Anlage in der Bergangenheit des Künstlers begründeten Eindrücke haben in dieser „Handschrift“ ihren Niederschlag zurückgelassen. Der Beschauer ahnt das, und es steigert sein Interesse an dem Werk.“ Das ganze Vorgehen, das diese geheimnisvollen Grundformen trägt, entsteht dann durch das konstruktive Element des Schaffens, das mit dem Rhythmus zur Einheit verschmolzen wird.

Die Geschwindigkeit der Sonne. Die Bestimmung der Bewegung unserer Sonne und damit des ganzen Planetensystems im Raume beschäftigt die Astronomen schon seit langem, und immer wieder sind neue Berechnungen angefertigt worden, um dieses schwierige Problem zu lösen. Man hatte als Geschwindigkeit der Sonnenbewegung schließlich den Wert von 20 Kilometern in der Sekunde herausgerechnet, wozu die Sonne sich also im Vergleich zu anderen Sternen ziemlich langsam vorwärts bewegt. Wie im letzten Heft der „Astronomischen Zeitschrift“ mitgeteilt wird, konnten nun die neuesten Untersuchungen über die Sonnenbewegung von Balanowsky und Samoilowa zu dem Ergebnis, daß die bisher angenommene Sonnenbewegung zu groß ist und daß die Geschwindigkeit der Sonne nur mit 15 Kilometern pro Sekunde anzunehmen ist.

Ueber Goethes Farbenlehre werden in der Berliner „Urania“ sechs Vorträge mit ausführlichen Demonstrationen gehalten werden, die der Goetheforscher Rudolf Meyer am Sonnabend, abends 7 Uhr, mit dem Thema beginnt: „Wissenschaft und Kunst, zwei Kräfte des Menschen zum Erleben der Welt.“ Die Vorträge sollen nicht nur in Goethes naturwissenschaftliche Denkmale einführen, sondern auch Einblicke in sein dichtersches und künstlerisches Schaffen geben.

sichen Hoheit darauf gegen ihn beantragte Ehrengericht hat er abgelehnt. Seine als Grund der Ablehnung angegebene Forderung, sich einem Ehrengericht nur dann zu unterstellen, wenn das Gleiche auch von Seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen geschieht, steht in schroffem Widerspruch mit der Auffassung königstreuer Offiziere. Die unterfertigten Generale der alten königlich bayerischen Armee sehen sich daher gezwungen, fernerhin die Standesgemeinschaft mit General Ludendorff abzulehnen.“

Damit hat Ludendorff daselbe Schicksal ereilt, wie den ehemaligen Hofmarschall Wilhelms II., Grafen Fiedlich-Trübsal sowie die Generale v. Deimling und v. Schönauisch, von denen der Deutsche Offiziersbund und noch soeben gesagt hat:

„Es muß klargestellt werden, daß die urteilsfähigen Angehörigen der alten Armee solche Generale in stärkstem Maße ablehnen. Von dem Offizierskreis haben sich die beiden Genannten durch ihre den Traditionen des alten deutschen Heeres zuwiderlaufenden Auftreten und Handeln selbst geschieden. Sie und die neuen Herren, denen sie dienen, mögen weiterhin nicht glauben, daß ihnen Gefolgschaft ehemaliger Untergebener beschieden sein wird.“

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Man wird also allen Ernstes fragen müssen, gilt das, was der „Deutsche Offiziersbund“ von Deimling und Schönauisch sagt, auch für Ludendorff? Wenn ja, dann sind Frontbann und Frontrung pleite und Ludendorff ist ein General ohne Offiziere. Sehr bedauerlich! Denn wo bleibt dann der Befreiungskrieg?

Oder gedenkt Erich Ludendorff auf dem Wege des Bürgerkrieges der Republik und dann dem Wittelsbacher mit seinen 36 Generalen auf den Leib zu rücken, ehe er die schwarzweilrote Fahne steckend über den Rhein trägt? Ein bißchen viel Arbeit vor der Entscheidungsschlacht. Die Schwierigkeiten türmen sich vor dem alten Herrn allmählich zu Bergen auf und es ist zu befürchten, daß ihm der letzte Primaner wegläuft, wenn das so fort geht.

Die Betroffenen.

Man hört nicht gern seine Schande.

Der Ruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zur Wahl hat einen Wuchser bei den angegriffenen reaktionären und monarchistischen Parteien hervorgerufen, ebenso bei der Deutschen Volkspartei, der unverschämten die Wahrheit gesagt wurde. Unter dem Eindruck dieses Rufes haben die deutsch-volksparteilichen Abgeordneten v. Campe, Dr. Leibig, v. Eymern und Buchhorn folgende kleine Anfrage an die preussische Staatsregierung gerichtet:

„Nach Zeitungsberichten hat der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsting, einen Wuchser an die Mitglieder des Reichsbanners erlassen, in dem es unter anderem heißt:

„Nieder mit den monarchisch-reaktionären Deutschnationalen und Deutschvolksparteilern, den Bolschewiken und den verräterischen Kommunisten, die unser Volk und Land an den Abgrund gebracht haben und dies treu vereint vorziehen.“

Ist das Staatsministerium mit diesem politischen Vorgehen des Herrn Oberpräsidenten Hörsting einverstanden? Ist es insbesondere der Ansicht, daß sich ein derart unehörtlicher Angriff gegen eine Partei, der Minister der zurzeit bestehenden Regierung angehört, mit den Pflichten eines leitenden politischen Beamten vereinbaren läßt? Ist die Regierung mit Rücksicht darauf, daß die Uebergangszeit zwischen den beiden Landtagen wie den Ministern so auch den politischen Beamten die Pflicht zur besonderen Zurückhaltung in politischen Maßnahmen und Äußerungen auferlegt und mit Rücksicht darauf, daß man nach diesem Vorgehen an der Person des Herrn Hörsting ein entsprechendes Vertrauen nicht haben kann, bereit, Herrn Hörsting alle agitatorischen Kundgebungen zu verbieten?“

Es ist richtig, daß in der Deutschen Volkspartei Monarchisten und Reaktionäre sitzen, siehe das Auftreten des Herrn Heinze aus Sachsen. Es ist richtig, daß die Volkspartei sich nicht unehörtlich zur Republik bekennen. Es ist richtig, daß die Volkspartei zu den Parteien gehört, die bis zum Zusammenbruch wirksame Maßnahmen gegen den Währungszerfall sabotiert und Land und Volk bis an den Rand des Abgrundes gebracht haben. War nicht Stinnes ihr Mitglied?

Es ist aber auch das gute Recht eines Beamten, eine politische Meinung zu haben und zu sagen, namentlich ist es sein Recht, zugunsten der Verfassung und der Republik seine Meinung zu sagen gegen ihre Feinde und gegen alle unsicheren Kantonsisten — wenn sie auch Regierungspartei sind. Warum plötzlich so große Aufregung in der Volkspartei, wenn ein leitender politischer Beamter sich für die Republik einsetzt?

Oder ist es nur dem Reichsaussenminister Stresemann erlaubt, politische Reden zu halten für die — Hohenzollern?

Schutzpolizei und Republik.

Forderungen, die noch zu erfüllen sind.

Auf dem preussischen Zentrumsparlament erklärte der Vorsitzende Abg. Dr. Porsch ganz offen, es sei lediglich der Sozialdemokratie in der preussischen Regierung zu verdanken, daß im größten Bundesstaat die Ruhe erhalten blieb und der Politik der Reichsregierung ein fester Rückhalt gewährt wurde, während es in anderen Ländern gäbe. Mit einem deutschnationalen Innenminister wäre das unmöglich zu erreichen gewesen.

Wenn Preußen zu einer wirklichen Ordnungszelle im Reich gemacht worden ist, so liegt das nicht zuletzt daran, daß der preussische Innenminister Gen. Severing sich in der preussischen Schutzpolizei eine feste Stütze für seine Politik geschaffen hat.

Die Schutzpolizei, so wie sie heute ist, wurde nach dem Krieg im wesentlichen von Severing und seinem Mitarbeiter Dr. Bögg geschaffen. Der preussische Schutzpolizei steht fest zur Weimarer Verfassung. Severings Ziel ist, eine verfassungstreue zivile Polizei zu schaffen. Die ersten Schritte dazu sind getan. Worauf es vor allem ankommt, das ist eine Ergänzung der Leitung der Schutzpolizei von unten her. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags forderte deshalb auch, daß mindestens 50 Proz. der zu Offizieren Beförderten aus den unteren Volksschichten kommen müssen. Zur Hebung des geistigen Niveaus soll das Polizeischulwesen ausgebaut werden. Es ist interessant zu beobachten, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei im Reichstag für einen Ausbau des Reichsschulwesens gestimmt, im Landtag dagegen die zur Organisation des Polizeischulwesens notwendigen Schulstellen abgelehnt haben. Die Reaktion will eben nicht Schutzleute im modernen Sinn, Freunde und Beschützer aller Hilfsbedürftigen, sondern nur Mittel und Knechte.

Wie mit dem Polizeischulwesen, so steht es auch mit dem Koalitionsrecht der Polizeibeamten: frühe Ablehnung durch Deutschnationale und Deutsche Volkspartei,

unklare Haltung des Zentrums, scharfes Eintreten für das Koalitionsrecht nur durch die Sozialdemokratie.

Die Klagen der Polizeibeamten über zu geringe Besoldung sind durchaus berechtigt. Die Sozialdemokratie fordert, daß die Polizeibeamten überhaupt aus Gruppe II herausgenommen werden. Dem steht das Reichsrahmengesetz im Wege, das die Einstufung von 25 bis 40 Proz. der Polizeibeamten in Gruppe II fordert. Es gilt deshalb, das Reichsrahmengesetz zu ändern und hierfür durch eine entsprechende Zusammenfassung des kommenden Landtags und Reichstags zu sorgen.

Befehl aus Moskau:

Wütendbienst für die Reaktion!

Die Kommunisten haben im Bielefelder Stadtparlament am Mittwochabend um in Arm mit den Bolschewiken und Deutschnationalen für den Abbau des sozialdemokratischen Bürgermeisters Genossen Köllner gestimmt und mit ihren vier Stimmen den Ausschlag für den Abbau gegeben. Sie begründeten ihre arbeitserfeindliche Haltung damit, daß von nun an auch in Bielefeld die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei in die Wege geleitet werden soll. Damit sind sie auch in Bielefeld zum Bützel der Reaktion geworden, obwohl bis dahin in allen Beratungen, die seit Juni d. J. über den Abbau des Genossen Köllner stattgefunden haben, die kommunistischen Stadträte stets die Erklärung abgegeben, daß sie niemals den reaktionären Parteien beim Abbau Köllners Helfersdienste leisten würden. Das geschah auch in sämtlichen vier Ausschüssen. Vor der Entscheidung im Stadtparlament selbst sind aber Geheiminstruktionen der Zentrale der K.P.D. an die Bielefelder Kommunalvertreter ergangen, in denen ausdrücklich erklärt wurde, daß solche sentimentale Dummdinge wie die Behinderung des Abbaues eines sozialdemokratischen Bürgermeisters nicht mehr gemacht werden dürfen. Von Moskau kam vielmehr der ausdrückliche Befehl an die Bielefelder Kommunisten, daß Köllner zu Fall gebracht werden muß. Noch während der Stadterordnungsung kam ein Sendling der Zentrale, der kommunistische Landtagsabgeordnete Krogg, in Bielefeld an, um den vier kommunistischen Stadterordneten im Beratungszimmer des Rathauses ein letztes Mal einzugehen.

Die Bielefelder Arbeiterschaft, unter der die Erregung über diese Haltung der Kommunisten groß ist, wird den Moskauer die Rechnung am 7. Dezember begleichen. Die Arbeiterschaft des Reiches aber sollte aus dem Bielefelder Fall ersehen, daß die Wahl von Kommunisten nichts anderes bedeutet als eine Stärkung der Reaktion.

Aus dem Wahlkampf.

Es stellt sich heraus, daß die famose „Liberaler Vereinigung“ der Herren Schiffer und Genossen nur eine Verklebung der Deutschen Volkspartei ist. Das „Biegnitzer Tageblatt“ läßt sich aus Berlin über die Vorgeschichte und den Zweck dieser Vereinigung melden:

„Die Gründung einer liberalen Vereinigung ist, wie unser Berliner Vertreter aus bestunterrichteter Quelle erzählt, auf die persönliche Initiative Dr. Stresemanns zurückzuführen. Nach langen Beratungen mit den Führern der Deutschen Volkspartei wurde den ausgeschiedenen demokratischen Abgeordneten nahegelegt, nicht ohne weiteres in die Deutsche Volkspartei überzutreten, sondern eine liberale Vereinigung zu gründen mit dem Zweck, die rechtsstehenden Demokraten, die mit der Politik der demokratischen Koalition nicht einverstanden sind, aufzunehmen und geschlossenen der Volkspartei anzuführen. Die liberale Vereinigung soll schließlich eine Brücke bilden zwischen der Volkspartei und den rechtsgerichteten Demokraten. Aus diesem Grunde werden auch einige der ausgeschiedenen Demokraten von der Deutschen Volkspartei bei der Reichstagswahl an sicherer Stelle aufgestellt werden, damit sie weiterhin als Verbindungsmänner dienen können. Diese Abgeordneten sollen gleichzeitig die Kerntuppe zur Bildung einer großen liberalen Partei werden, die unter Abstoßung des linken Flügels der demokratischen Partei die Deutsche Volkspartei und den rechten Flügel der Deutschnationalen Partei umfassen soll.“

Eine solche Vereinigung, so eine unbestimmte Mischung aus Quack-Marchischer Mandatsjägeri und Einwohnerscher Jellenkitt! Auf dieser Grundlage eine „große liberale Partei“ mit der Volkspartei, deren Ziel die Errichtung des Liberalismus ist? Aber die politische Perspektivität war immer des Kennzeichens einer gewissen Spielart von Liberalen in Deutschland.

Der Landesausch der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hat beschlossen, unabhängig von einer etwaigen anderen Stellungnahme im Reich und in anderen deutschen Ländern mit der Deutschen Volkspartei, dem Badischen Landtag und der Wirtschaftsvereinigung Verhandlungen zu führen, um einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Reichstagswahlen zu erziehen. Wenn die eine oder die andere Gruppe dem Zusammenschluß nicht zustimmen sollte, sollen die Verhandlungen mit den übrigen weitergeführt werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ lobt vor Wut gegen den Genossen Scheidemann, der gestern morgen in unferm Leitartikel den Deutschnationalen einen Spiegel vorgehalten hat. Sie klagt über mangelnden „guten Ton“. Das liegt nun nicht an Scheidemann, sondern an der deutschen Sprache. Schon Nicomache la Moriniere fand, daß sie „eine plump Sprech“ sei, weil sie — einen Betrüger einen Betrüger nenne.

Herr Hergt hat seine erste Wahlrede in Karlsruhe gehalten. Darf er in seinem Wahlkreis Biegnitz nicht mehr auftreten? Er erklärte, die Wahlen in Deutschland seien sinnlos, nutzlos und schädlich für das deutsche Volk. Die Wahlen seien unnötig, weil man die Lösung, die der Wunsch des Volkes war, die Verbreiterung der Regierung nach rechts und Betrauung der stärksten Partei mit der Regierungsbildung auch ohne diese Wahlen hätte finden müssen. Herr Hergt wird sich am 7. Dezember über den Wunsch des Volkes wundern! Von der Rechtsregierung wird denn nicht mehr die Rede sein. Hamburg klagt den Deutschnationalen schon in den Ohren wie die Trommeln des Gerichts!

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Das vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schiedsverfahren hat gestern abend in einer Stunde folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Der tarifliche Spizenlohn wird vom 1. November 1924 bis zum 2. Januar 1925 auf 37 M. festgesetzt. Falls nicht bis zum 24. Dezember d. J. die Kündigung dieser Lohnregelung ausgesprochen wird, läuft sie bis zum 31. Januar 1925.
2. Erklärungsfrist bis zum 3. November 1924.
3. Es wird den Arbeitgebern empfohlen, den in der Zeit vom 13. bis 31. Oktober 1924 in ihren Betrieben beschäftigt gewesenen Arbeitnehmern 3,40 M. in der Spitze je Woche nachzuzahlen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften während der Inflation.

Von der Statistischen Abteilung des ADGB. wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift bespricht der „Vorwärts“ in Nr. 506 den Inhalt des Jahrbuches des ADGB für 1923, der sich auf Lohnpolitik und Lohnkämpfe bezieht. Diese Besprechung enthält leider zwei Hinweise, die geeignet sind, eine falsche Beurteilung des Charakters der mit diesem Teil in Verbindung stehenden Statistiken zu erwecken. Es heißt in bezug auf die Lohnstatistik: „Diese Zusammenstellung hat zwei wesentliche Fehlerquellen. Sie gibt keinen gewogenen, sondern nur einen rohen Durchschnitt und sie läßt außer Betracht, daß nur ein Bruchteil der Arbeiterkraft die angeführten Löhne erhielt, während die Mehrheit auf Arbeitslosenunterstützung oder Kurzarbeiterlohn angewiesen war. So kommt das Glend der Inflation nur sehr unvollkommen zum Ausdruck.“

Durch das Hervorheben dieser „Fehlerquellen“ wird der Lohnstatistik ein Charakter zugeschrieben, auf den sie gar keinen Anspruch erhebt. Sie hat nicht die Erforschung des wirklichen Lohnniveaus zum Zweck, sondern bringt lediglich „Die Entwicklung der tariflich festgesetzten Zeitzölne“ zur Darstellung. Die Zusammenstellung der Tariflöhne wird nicht dadurch zu einer fehlerhaften, weil sie keine gewogene Durchschnittszahl enthält und auch Beschäftigungslosigkeit unberücksichtigt läßt. Es ist in der Beschreibung der Statistik ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es keine Einkommenstatistik ist, die Durchschnittszahlen über dem allgemeinen Lohnniveau liegen und nur als Reizfiguren benutzt werden können. Diese Vorbehalte wurden gemacht, um einer irreführenden Auslegung der Statistik vorzubeugen. Es ist bedauerlich, daß es trotzdem in „Vorwärts“ geschehen ist. Die Darstellung der Tariflöhne ist nicht zur Kennzeichnung der Inflation unternommen, sondern als dauernde Einrichtung gedacht, zu dem hauptsächlichsten Zweck, für die Gewerkschaften eine wichtige Grundlage zur Vertreibung ihrer Lohnpolitik zu schaffen. Gewiß wäre es wünschenswert, das tatsächliche Arbeitseinkommen zu erfassen, doch stehen solchen Erhebungen große Schwierigkeiten entgegen.

Des weiteren wird in der gleichen Abhandlung über die Statistik der Lohnbewegungen, Streits und Aussperrungen gesagt, daß diese sucht zu unterscheiden „zwischen Lohnbewegungen, die eine Erhöhung des Reallohns zum Ziel hatten und solchen, die nur einen Ausgleich für die eingetretene Teuerung herbeiführen sollten“. Das ist eine falsche Auslegung. In der textlichen Darstellung dieser Statistik ist von einer solchen Unterscheidung nicht die Rede. Sie wäre gar nicht durchführbar — wie der „Vorwärts“ selber sagt — und zugleich auch sinnlos. Sämtliche während der Inflationszeit geforderten Lohnhöhungen erschröpten sich lediglich darin, einen Ausgleich für die Geldentwertung herbeizuführen. Ein Ziel, das leider nie erreicht wurde, trotz aller Kraftanstrengung der Gewerkschaften.

Es ist uns nicht recht verständlich, welcher Unterschied besteht zwischen der Erforschung des wirklichen Lohnniveaus und der Darstellung der Entwicklung der tariflich festgesetzten Zeitzölne. Diese Löhne können doch nur „dargestellt“ werden, wenn sie wirklich ermittelt sind. Wenn von 20 Arbeitern 8 einen Stundenlohn von 40 Pf., 5 von 50, 3 von 60, 2 von 70 und 2 von 80 Pf. die Stunde haben, dann ist der gewogene Durchschnittslohn 56,5 Pf., der rohe 60 Pf. Je nachdem ob eine kleine oder eine große Gruppe eine Lohnerhöhung durchsetzt, wird sich der wirkliche Durchschnittslohn verschieben. Will man also die Entwicklung der tariflich festgesetzten Zeitzölne darstellen, so muß man auch diese Verschiebungen entsprechend berücksichtigen. Sonst ist es besser, man verzichtet auf eine Statistik.

Ebenso ist es mit den Reizfiguren, die, wenn sie wirkliche Reizfiguren sein sollen, die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit berücksichtigen müssen. Wenn es dann in der Erwiderung noch heißt, daß die Darstellung der Tariflöhne nicht zur Kennzeichnung der Inflation, sondern als dauernde Einrichtung gedacht ist, so verstehen wir einfach den konstruierten Gegensatz nicht. Wenn die dauernde Einrichtung die Entwicklung während der Inflation nicht berücksichtigt, dann ist sie wertlos.

Soweit die Statistik der Lohnbewegungen in Frage kommt, wird uns eine falsche Auslegung des Berichts vorgeworfen. Auf Seite 81 heißt es jedoch: „Im Gegensatz zu den Vorjahren sind alle Vorgänge, die nur neue Lohnfestsetzungen als Ausgleich gegenüber der Geldentwertung betrafen, und sich auf Grund bestehender Tarifverträge abspielten, als „eine einheitliche Bewegung“ gezählt und die gleichen, wiederholt an diesen Lohnhöhungen beteiligten Personen nur einmal nach ihrer Höchstzahl in den Betrieben aufgeführt worden.“

Gewiß wären, wenn man sämtliche Lohnbewegungen angeführt hätte, phantastische Zahlen herausgekommen, aber diese Zahlen hätten nur der Wirklichkeit entsprochen, während die in dem Bericht aufgeführten Zahlen davon keine Vorstellung geben. So ungeheuerlich diese Zahlen auch sein mögen, so gibt ihre Aufzählung allein ein richtiges Bild von den Lohnkämpfen des Jahres 1923, während z. B. die im Klassenbericht enthaltenen Papiermarkzahlen ganz sinnlos sind, weil sie sowohl Papiermark vom Anfang des Jahres mit Papiermark nach dem Zusammenbruch der Mark unterschiedlos durcheinanderwerfen. Gewiß ist hier eine Unterscheidung nicht oder so gut wie nicht möglich. Aber wenn man schon diese sinnlosen Zahlen anführt, dann hätte man auch zumindest die Zahlen anführen müssen, die von der erschöpfenden Arbeit der Gewerkschaften im Jahre 1923 erst eine richtige Vorstellung geben können.

Zum Liegnitzer Böttcherstreik.

Wie uns vom Verband der Böttcher geschrieben wird, ist es endlich auf Anordnung des preussischen Handelsministers die Technische Rothhilfe am Dienstag aus den Liegnitzer Sauerstoffabriken durch den Regierungspräsidenten zurückgezogen worden. Der Regierungspräsident folgt in dem Schreiben an den Vorsitzenden der Liegnitzer Zählstelle des Böttcherverbandes, dies sei geschehen, „nachdem in der Verhandlung des Böttcher, Bezirk Liegnitz, das Inständigste und nicht gewordener Böttcher und Lagerfässer als Rotstandsarbeiten anerkannt ... hat.“

Tatsächlich hatte sich der Böttcherverband dazu von vorn herein bereit erklärt und gerade diese Arbeiten sind wegen technischer Unfähigkeit von den „Rothhelfern“ nicht ausgeführt worden. Der Böttcherverband hätte es aber abgelehnt, Exportfässer mit gegorenem Sauerstoff zu verbüttern. Fässer zum Export sind in allen Hochhandlungen usm. zu haben. Aber die Meister in Breslau und Umgebung zahlen 65 Pf. die Stunde, während die Liegnitzer Herren einen Spruch mit 50 Pf. abgelehnt haben, worauf die Meister im Böttcherberuf gar nicht daran dachten, den Einlegereien beizuspringen. Bismehr sagten sie: „Zahl euren Böttchern auch den Innungslohn!“ Und diese Arbeit hat die Tendenz bis zum letzten Tag verrichtet, d. h. ausgesprochene Streikbrecherarbeit. Jetzt sind eine Reihe dieser Teno-Deute als offene Streikbrecher von den Unternehmern übernommen worden.

Wir wiederholen, was wir gleich zu Beginn dieses Konflikts gesagt haben: Es müssen endlich im Einvernehmen mit den Gewerkschaften klare Richtlinien ausgearbeitet werden, die verhindern, daß die Technische Rothhilfe eine vom Staat unterhaltene Organisation des Streikbruchs wird. Das Vermünftige wäre, die Technische Rothhilfe überhaupt zu beseitigen. Sie hat heute keine Ergänzungsbedeutung mehr. Wenn die Monarchie ohne sie auskommen konnte, muß es auch die Republik können. Aber wenn man sich dazu noch nicht entschließen kann, dann muß man wenigstens den Einsatz der Technischen Rothhilfe auf ganz bestimmte Fälle beschränken, die zu bestimmen nicht den lokalen Einflüssen ausgehender Regierungspräsidenten allein überlassen werden darf. Zum mindesten ist die Zustimmung einer paritätischen Kommission erforderlich, deren Mitglieder selbstverständlich nicht am Konflikt direkt beteiligt sein dürfen. So, wie bisher, kann es jedenfalls nicht mehr weitergehen!

Die KPD-Zentrale gegen die Gewerkschaften.

Die Kommunistische Partei spekuliert natürlich auch auf die Ausschächtung der Lohnbewegungen für ihre russischen Zwecke:

„Es ist ohne weiteres klar, daß die Lohnkämpfe die Bewegung für die gewerkschaftliche Einheit (wie sie die KPD-Zentrale auffaßt! Red. d. „B.“) gewaltig fördern müssen.“

Eine Aktion werde in vielen Fällen verhindert, weil den Gewerkschaften die „revolutionäre Führung“ fehle. Wer siegreiche Lohnbewegungen führen wolle, müsse ein Agitator für den Beitritt aller Unorganisierten in die freien Gewerkschaften und „ein Kämpfer für die Eroberung der Gewerkschaften durch das revolutionäre Proletariat sein.“

„Es darf in der Gewerkschaftsarbeit kein Nachlassen im Tempo geben. ... Alle Fraktionen und Betriebszellen müssen dafür sorgen, daß der Beschluß des Zentralkomitees durchgeführt wird, ohne daß der Partei ein Mann verloren geht. Lebendige Aktivität (im Sinne der Kommunistischen Partei! Red. d. „B.“) und selbständige Initiative (!) müssen von unseren Genossen in diesen Wochen mehr denn je entfaltet werden. So allein ist es möglich, die Beschlüsse der Partei zu erfüllen und das verräterische Spiel der Amsterdamer für immer zu erlebigen.“

Kann es ein verräterischeres Spiel geben als die Verlegung der kommunistischen Parteilagitation in die Gewerkschaften? Gibt es eine größere Niederträchtigkeit als die unerbittliche Absicht, unter dem Vorwand der Einheitsfront die kommunistischen Parteiführer in die Gewerkschaften zu treiben, um die Grundlagen der ganzen Gewerkschaften zu zerstören, die Uneinigkeit in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen, die Gewerkschaften lahm zu legen in einer Zeit, wo sie aller Kräfte bedürfen im Kampfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Kann noch offener und unerschämter das kommunistische Treiben gegen die Gewerkschaften angekündigt werden, wie hier in der „Roten Fahne“? Hat die nach Moskau orientierte, durch und durch korrupte Partei den Gewerkschaften nicht schon genug Schaden zugefügt, als daß die Gewerkschaften sich ihre erbärmliche Quertreiberei noch weiter gefallen lassen könnten?

Den struppeligen Burschen muß das Konzept verdorben werden, ihr offenbar verräterisches Spiel muß entlarvt und ihre Agenten müssen hinausgeworfen werden, sobald sie sich herausnehmen, anstatt der Gewerkschaftsarbeit kommunistische Parteigeschäfte in den Gewerkschaften zu betreiben. Mit diesen Mauhelden werden die Gewerkschaften fertig zu werden wissen. Jedem anständigen Arbeiter aber, der heute noch der KPD. nachläuft, muß klar gemacht werden, daß diese Partei nur die Geschäfte der Reaktion besorgt.

In dem Bergwerksgebiet in Süd-Sardinien um Iglesias herum streiken etwa 15 000 Bergarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten, die durch Lebensmittelsteuerung verursacht worden sind.

Tariffkonflikt im Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralsverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hatte die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages um ein weiteres Jahr von der Anerkennung verschiedener Verschlechterungen der allgemeinen Bestimmungen durch die Angestelltenverbände abhängig gemacht. Dieses Ansuchen des Arbeitgeberverbandes ist vom Zentralsverband der Angestellten und den übrigen am Reichstarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden einmütig abgelehnt worden; darüber hinaus wurde in einer Reihe von Punkten die Aufhebung des in den letzten Jahren erfolgten Abbaus der früheren Rechte der Angestellten gefordert. Daraufhin hat nun der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen den Reichstarifvertrag 1924 auch formell zum 31. Dezember 1924 gekündigt und nach weitergehenden Abbauforderungen in Aussicht gestellt. Erste Tarifkämpfe im Versicherungsgewerbe stehen wieder einmal bevor. Die Herausforderung des Arbeitgeberverbandes müssen die Versicherungsangestellten dadurch beantworten, daß sie sich bis auf den letzten Mann organisieren.

Das Innungsschiedsgericht weiß von nichts.

Von den Arbeitsgerichten genießen die selber immer noch bestehenden Innungsschiedsgerichte das wenigste Vertrauen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, daß dieses Mißtrauen durchaus berechtigt ist, lieferte das Schiedsgericht des Innungsausschusses für das Baugewerbe in Sieglitz.

Der Maurer Born hatte gegen die Baufirma Gebrüder Meier aus Treptow auf Grund tariflicher Bestimmungen eine Puhzusage zu erhalten. Die dafür zuständige Tarifinstanz hatte den Anspruch anerkannt und die Beklagte zur Zahlung verpflichtet. Da die Firma den Schiedspruch dennoch nicht erfüllte, mußte der Bauwerksbund im Auftrage des Klägers beim zuständigen Innungsschiedsgericht eine Erfüllungsklage anhängig machen, um einen Schuldittel zu erhalten.

Das Gericht hatte als Erfüllungsgewicht in diesem Falle den Streitfall nicht mehr sachlich nachzuprüfen, da er bereits von der zuständigen Tarifinstanz entschieden war.

Das Innungsschiedsgericht kam dennoch aus sachlichen Gründen zur Abweisung der Klage. In der Begründung des Beschlusses wurde neben allen unmöglichen Ablehnungsgründen auch die Ablehnung der Klage hauptsächlich damit begründet, daß im Baugewerbe in Berlin keine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses bestehe, da der Tarifvertrag am 31. März 1924 abgelaufen ist.

In Wirklichkeit aber ist durch Schiedspruch des Schlichters von Berlin der alte tarifliche Zustand in diesem Punkte wieder hergestellt. Wenn dies der Vorsitzende des Sieglitzer Innungsschiedsgerichts nicht wußte, mußten es die Befehlshaber auf Arbeitsebene doch wissen. Um den Arbeiter um seinen tariflichen Anspruch zu bringen, anstatt ihm dazu zu verhelfen, brauchte sich das Innungsschiedsgericht nicht erst zu bemühen. Oder glaubt man sich über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen und sich ein besonderes Recht schaffen zu können? Nun muß erst Berufung beim ordentlichen Gericht eingelegt werden, um die auf Unkenntnis beruhende Entscheidung des Sieglitzer Innungsschiedsgerichts zu korrigieren.

Entscheidungen der christlichen Textilarbeiter.

Eine Konferenz von Delegierten der Ortsgruppe des linken Niederrheins in Arefeld sahle einstimmig zwei Entscheidungen. In der ersten wird zur Arbeitszeitfrage festgestellt, daß die Regelung der Arbeitszeit, wie sie durch die Schiedsprüche seit Jahresfrist erfolgte, nicht den Bedürfnissen der Industrie und der Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Es wird die baldige gesetzliche Festlegung des Achtstundentages gefordert, des freien Samstag-Nachmittags und angemessener Ferien. Das Washingtoner Abkommen müsse gleichzeitig von allen Mächten ratifiziert werden. — Die zweite Entscheidung bezeichnet die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge als gänzlich unzureichend; sie müsse durch eine Erwerbslosenversicherung ersetzt werden. Jeder unverschuldete Erwerbslose (dazu zählen auch Ausgesperrte, Red. d. „B.“) müsse vollen Anspruch auf ausreichende Entschädigung haben.

Achtung, Tapezierer und Näherinnen!

Die heute nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, stattfindende öffentliche Versammlung, die Stellung nimmt zu dem abgelaufenen Verhalten der Unternehmer in der Tarif- und Arbeitszeitfrage, wird pünktlich eröffnet. Die Kollegen haben untergeordneten Umständen den Betrieb so frühzeitig zu verlassen, daß das Versammlungsalum um 4 Uhr erreicht ist. Kollegen und Näherinnen! Plant den Unternehmern, daß heimliche Beharren Euch nicht hindern können, das Opfer eines Stundenlohnes zu bringen, wenn es gilt, Untertanenmerkmale zu brechen. So wichtige Beschlüsse zu fassen sind, liegt es im Interesse jedes einzelnen, zu der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Deutscher Arbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter: Funktionärsversammlung heute abend 8 Uhr im Hofe von Heinrich Große, Frankfurter Straße 30. Am gleichen Tage 6 Uhr in demselben Hofe Kommissionskammer.

Achtung, Zimmerer! Sonnabend ist den Bezirk 10 (Wobitz) überst. wichtige Bezirksversammlung des Bezirks 10 auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Weiter weißt mit die Bezirksleitungen nochmals darauf hin, daß am Sonnabend, den 3. oder Sonntag, den 9. November, in allen Bezirksversammlungen anwesend sind. Der Verband.

Verantwortlich für Politik: Genf Kenter; Wirtschaft: Armin Caternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gerson; Revolution: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Aktionen: H. Gluck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Distanz 3 Schlags.



Kleider-Vertrieb G. m. b. H.



Geschäftszeit 9 bis 7 Uhr Kommandantenstr. 80-81, Warschauer Str. 33, Frankfurter Allee 82, Neukölln, Berliner Str. 47-48 Eingang Bodinstr. Müllerstr. 181 Geschäftszeit 9 bis 7 Uhr

Herren - Winter - Ulster 24⁰⁰
in reicher Auswahl und verschied. mod. Ausführungen . 125.— 105.— 85.— 77.— 68.— 55.— 45.— 36.—

Herren - Sakko - Anzüge 29⁵⁰
in vielen modernen Stoffarten. Vorzügliche Paßform. 125.— 85.— 70.— 60.— 48.— 35.—

Burschen - Winter - Ulster vorzügl. warmer Stoff mit Abselze 39⁵⁰
Burschen - Anzüge in verschiedenen Mustern 22⁵⁰

Damen - Hemden Trägerform 1.85 1.65 1.25

Damen - Schlüpfer mit angerauhtem Futter 3.50 3.20

Damen - Beinkleider bw. Flanel mit Languetten 3.50 3.10

Damen - Unterröcke bw. Flanel 1.80 1.40

Damen - Unterröcke bw. Flanel mit Languetten 4.00 3.60

Herren - Einsatz - Hemden 2.40

Herren - Unterhosen wollgemischt, gute Qualität 3.90 3.50

Kinder - Trikots mit angerauhtem Futter 3.50 3.20

Damen - Halbschuhe Roß-Chevreau 5.40 5.00

Damen - Halbschuhe Roß-Chevreau 8.50 8.10

Damen - Stiefel Chevreau und Rindbox 10.50 10.10

Kinder - Strapazier - Stiefel Spaltleder von 3.25 3.00

Herren - Arbeitsstiefel Spaltleder 7.50 7.10

Herren - Stiefel Rindbox, sehr preiswert 8.75 8.35

Burschen - Stiefel Spaltleder 6.50 6.10

Burschen - Stiefel Rindbox 8.50 8.10

Damen - Blusen gestreifter baumwollener Flanel 95 Pf. 3.75 1.95 1.25

Damen - Westen Wolle, in vielen Farben 8⁷⁵

Damen - Kleider hübscher baugrün kariert Stoff 3⁹⁰

Damen - Kleider aus reinwollenem Cheviot mit reicher Paspelgarnierung 8²⁵

Damen - Kleider Gabardine, wollene, farbig 16⁰⁰

Damen - Winter - Mäntel Flauchstoffe 33.— 20.— 14⁵⁰

Damen - Winter - Mäntel mollige Stoffe mit Pelzkragen 32.— 30.— 28⁵⁰

Damen - Winter - Mäntel gute Stoffe, vorzügl. Ausfübrung 80.— 45.— 39⁵⁰

Um die Lebensgemeinschaftsschule.

Eine arbeitsreiche Stadtverordnetenitzung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern wieder einmal Hot gearbeitet. Die Kommunisten zeigten wenig Lust zu großen Reden und auch die Freude am Reden schien ihnen durch ihre Wahlorgen getrübt zu sein. Infolgedessen konnte ein beträchtlicher Teil der reichlichen Tagesordnung erledigt werden. Die nochgehende Abstimmung über die kommunalistischen und demokratischen Anträge auf Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung ergab, wie zu erwarten gewesen war, die Ablehnung. Die Magistratsvorlage über die Umwandlung der 308. Gemeindefschule auf dem Wedding (Leopoldplatz) in eine Lebensgemeinschaftsschule ist im Ausschuss von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden. In der Stadtverordnetenversammlung war für diesen Schulkonformversuch unser Genosse Kreuziger mit einer Rede, die den Gegnern der Lebensgemeinschaftsschule nichts schenkte. Scharf geißelte er die unanständige Kampfesweise der Schulreaktionäre von rechts und ihrer Presse. Er wies die engen Beziehungen zwischen Schulreform und Jugendbewegung nach. Wie gering drüben das Verständnis für diese Dinge ist, zeigten die Erwidrerungen der Redner aus dem Lager der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Mit den Sozialdemokraten wollen die Kommunisten für die Vorlage stimmen. Erst die nächste Sitzung wird die Entscheidung bringen.

In der gestrigen ordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung kam zunächst eine Anfrage unserer Genossen, die Praxis der Leitung des Rathauskellers bei der Einstellung von Personen betreffend, zur Berlesung. — Auch die von der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat gerichtete (im „Vorwärts“ bereits mitgeteilte) Anfrage, die Erklärung von Landflächen zu Heimstättengebieten anregt, wobei an Kleingartendauerkolonien gedacht wird, ist der Berücksichtigung zugegangen und wird dem Magistrat zur hoffentlich baldigen Beantwortung überwiesen. Eine Reihe schon länger vorliegenden Anfragen wurde erledigt. Am 30. September haben unsere Genossen die Absicht des Magistrats, bei den Arbeitsnachweisen, insbesondere

in den Erwerbslosenfürsorgestellen tätige Angestellte durch abgebaute Beamte zu ersetzen,

die zurzeit Wartgeld empfangen und dann auf Privatdienstvertrag beschäftigt werden sollen, zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Gen. Flatau führt dazu aus: Am 9. September hat der Magistrat, angeleitet durch ein Rundschreiben in diesem Sinne an die Bezirksämter gerichtet. Wenn er, wie wir hören, seine Absicht nicht durchzuführen gedenkt, so würden wir das als einen Erfolg unserer Anfrage ansehen. Es ist nicht das erste Mal, daß der Magistrat in Gebiete einfällt, die seiner Befehlsherrschaft nicht unterliegen; die Bureaukratie hat jetzt im Magistrat die Oberhand und verliert, verstärkt durch den uns unerwünschten Zuwachs aus Charlottenburg, immer wieder, gezielte Bestimmungen zu hintertreiben. Nachdem wir darauf hingewiesen haben, daß

der Magistrat im Landesarbeitsamt gar nichts zu sagen hat, scheint er ja etwas verächtlich geworden zu sein. In der Beratung des einschlägigen Reichsgesetzes heißt es ausdrücklich, daß in den Erwerbslosenfürsorgestellen Angestellte beschäftigt werden sollen; wenn der Magistrat hier Beamte auf Wartgeld hineinbringen will, verstößt er, wenn nicht gegen den Wortlaut, so doch unzweifelhaft gegen den Sinn des § 13. Erspart würde kein Pfennig; wohl aber würde eine Reihe weiterer Personen der Erwerbslosenfürsorge cabehalten. Mit uns teilen auch die Arbeitgebersvertreter unsere Bedenken. Den Magistrat ersuchen wir demnach, solche Schritte in Zukunft zu vermeiden und die entstandenen Unruhen zu beseitigen; wir würden sonst unserm Ersuchen noch größeren Nachdruck geben müssen. — Stadtrat Brühl: Es handelt sich bloß um eine Umfrage. Diese hat ergeben, daß die Mehrheit der Bezirksämter die Maßnahme für falsch hält. Der Magistrat hat darauf davon Abstand genommen. Die Anfrage ist vom Magistrat gestellt und von Stadtrat Wege in Vertretung des Oberbürger-

meisters gezeichnet. — Eine Besprechung des Gegenstandes wurde nicht gewünscht. — Die Anfrage der D. Sp. wegen angeblicher Verhandlungen des Magistrats mit einzelnen Bezirken zur Einrichtung städtischer Saugwerksstellen fand dadurch ihre Erledigung, daß vom Magistrat solche Verhandlungen nicht eingeleitet sind. — Die Stelle des Stadtmedizinalrats wird ausgeschrieben und die Angelegenheit vom Abbausausschuß weiterbetrieben werden. — Heber

Die Abänderung der Ortsstatute für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht

berichtete Stadtr. Gronewald (Wirtschaftsp.). Die Abänderung ist notwendig geworden, weil die Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 30. Oktober 1923 die Zuständigkeit beider Gerichte erweitert hat. Gen. Flatau befürwortete hierzu einen im Verein mit dem Zentrum gestellten Antrag, die Beisitzerwahlen erneut zu verschieben, wobei er sich auf die Zustimmung sowohl des Reichsarbeitsministeriums als des preussischen Handelsministers für eine solche Maßnahme berufen konnte. In diesem Sinne empfahl er den Antrag, der die Wahlperiode von drei Jahren auf fünf Jahre, erstmalig bis Ende 1926, verlängern will. Dr. Caspari (D. Sp.) akzeptierte die Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre, lehnte aber die Verlängerung der Mandatsdauer der jetzigen Inhaber ab. — Der Magistratsvertreter hielt auch an der Vorlage fest; auch der Oberpräsident stehe auf dem gleichen Boden. — Gen. Flatau hielt beiden entgegen, daß im vorigen Jahre die Verlängerung der Wahlperiode auch von der DVP. angenommen und vom Oberpräsidenten bestätigt worden ist. — In der Abstimmung wurde die allgemeine Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre angenommen, die Ausdehnung auf die derzeitigen Mandate aber mit 103 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Auf Antrag Flatau wird noch eine dritte Lesung der beiden Vorlagen vorgenommen werden. — Das Statut für die an der Technischen Hochschule zu Berlin zu errichtende städtische Stipendienstiftung steht die Verfügung über die Zuteilung der Stipendien durch den Senat der Hochschule vor. Unsere Genossen wollen der Stadt eine Mitwirkung gewährleisten und haben einen Ausschuss vorgeschlagen, der aus 2 Magistratsmitgliedern, 4 Stadtverordneten und 6 Senatsvertretern bestehen soll; eventuell soll die Hälfte genügen. Diesen Antrag empfahl Flatau, während Bürgermeister Scholz und die Redner der Rechtsparteien für die Vorlage sprachen. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Beschaffung eines Planetariums

von der Firma Zeiß in Jena für 300 000 M. wurde genehmigt. — Die Vorlage wegen Gründung der Berliner Milchverforgung G. m. b. H. ging an einen Ausschuss. — Am 7 Uhr hatte die Versammlung die in der vorigen Sitzung verschobene Abstimmung vorgenommen. Die Anträge der Dem. und der Komm. auf

Auflösung der Verammlung

wurden mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt; gegen die Antragsteller lehnte die ganze Versammlung auch den Antrag der Komm. ab, das Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen den früheren Stadtrat Stolt nicht zur Kenntnis zu nehmen. — Zu der Lohnregelung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen am 25. Mai d. J. nahm die Mehrheit den kommunistischen Antrag an, der die Forderung der Beibehaltung der Beiträge fordert, die bei den Vorkaufzahlungen zuviel gezahlt sind und jetzt zurückverlangt werden. Die Versammlung trat hierauf in die zweite Beratung der Vorlage wegen

Umwandlung der 308. Gemeindefschule in eine Lebensgemeinschaftsschule.

Der Ausschuss hat die Vorlage mit seiner bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. — Gen. Kreuziger trat mit großer Wärme und Entschiedenheit für dieses Projekt ein; das Vorkaufkollegium, das den Antrag gestellt habe, besticke aus durchaus pädagogisch erfahrenen Männern. Man widerstrebe der Durchführung lediglich aus politischen Gründen. In der Bezirksabdeputation sei das Projekt angenommen worden; dort habe

auch das demokratische Mitglied dafür gestimmt. Man ziehe sich jetzt hinter die Ausflucht zurück, daß es in Berlin der Verjudung schon genug gebe. In der Rechtsprelle ist in gemeiner, ja infamer Weise, so im „Tag“, gegen die Lebensgemeinschaftsschule gehandelt worden; es handle sich dabei um

einen neuen gemeinsamen Vorstoß der Reaktion.

Die moderne Jugendbewegung und mit ihr auch die Idee der Lebensgemeinschaftsschule werde trotz Jungos und Stahlheim ihren Weg machen. (Beibehaltung Beifall bei den Soz.) — Trost (Dem.) suchte glauben zu machen, daß seine Bestimmungsgenossen sich weder den modernen Ideen noch der modernen Jugendbewegung antipathisch gegenüberstellen, daß sie sich vielmehr nur gegen „Hebertreibungen“ wenden. Hier handele es sich nicht um einen pädagogischen Versuch, sondern um eine Schule, die jeder rechtlichen Grundlage überhaupt entbehre. — Spacht (D. Sp.) lehnte mit seiner Fraktion die Vorlage ab, da man in den Außenbezirken schon 12 solcher Schulen habe. — Gohs (Komm.) sprach sich zwar im Prinzip gegen die weltlichen Schulen aus, weil sie das kommunistische Ideal der Verwirklichung des gesamten Schulwesens nicht entirely verwirklichen, hatte aber nichts gegen den hier beabsichtigten pädagogischen Versuch einzuwenden. An dieser Stelle brach die Beratung ab. Schluß 7,9 Uhr.

Die Preise steigen.

Die Preise für die ländlichen Produkte: Milch, Eier, Geflügel, Fett, sind in beständiger Steigerung begriffen — auch ohne Zollschuß — und bedrohen das knappe Wirtschaftsbudget der nicht reichen Familien. Da erinnert sich wohl manche Familienmutter ihrer früheren Beziehungen zu den Bauern der Umgegend, bei denen sie in der Kriegszeit „hanslern“ ging. Sie denkt bei direktem Einkauf an der Quelle ein paar 10-Pfennig-Stücke zu ersparen und macht sich auf den Weg in das Dorf. Aber die Begrüßung durch den Bauer ist von seiner besonderen Lebenswürdigkeit — er hat augenscheinlich kein Verlangen, alte Freundschaften mit dem Stadtvolk zu erneuern. Wohl hört die Frau die Kühe und Schafe blöhen, die Hühner gackern, die Schweine grunzen, aber für sie ist nichts vorhanden. Und wenn sie gar der Hoffnung Ausdruck gibt, daß sie wohl billiger kaufen könnte, als in der Stadt, bekommt sie als Antwort zu hören: „Billig is nich — wir wollen auch leben.“ Und die Klagen über die hohen Steuern werden losgelassen, ganz nach dem Rezept des Landbundes, der ja diese Tonart so glänzend beherrscht, daß die Wahrheit anders aussieht — was kümmert dies die Handlanger der Reaktion. So endet der Besuch mit einem Niederbruch der gehegten Hoffnungen. Das „Wjos doch — id habe uff Feld zu tun“ des Bauern schließt die Unterhaltung ab. Nach einmal wendet er sich um und ruft: „Sie brauchen doch nicht widerzukommen.“ — der rechte Ausdruck für das Mißgefühl, das er der Notlage der Stadtbewölkerung entgegenbringt, deren Gehälter und Löhne niedriger als vor dem Kriege sind, während die Bedarfsartikel alle höher im Preise stehen.

Die Stadtfrau sieht ihn noch einen Augenblick nach — gerade lassen die Kühe ihr Ruh-Ruh erkönen und in den Ecken des Hofes piden die Hühner im Strohhaufen herum. Dann gibt sie sich einen Ruck und wendet sich wieder dem Bahnhof zu.

Es war einmal — jetzt fühlt sich der Bauer wieder. Die Preise steigen.

Wieder ein Dachstuhlbrand.

Aus noch nicht aufgeklärter Ursache brach gestern nachmittags gegen 1/6 Uhr in dem Fabrikgebäude Choriner Str. 84 Großfeuer aus. Bei Eintreffen der Wehr stand der Dachstuhl des großen Gebäudekomplexes in seiner gesamten Ausdehnung in hellen Flammen. Auf den Ruf „Großfeuer“ eilten noch mehrerezüge der Berliner Feuerwehre unter Leitung des Bourais Franke an die Brandstelle. Man griff mit vier Schlauchleitungen mittleren Kalibers an. Das Vorgehen der Wehr wurde durch die starke Quatimentwicklung erheblich erschwert, so daß Rauchschuttmittel angewendet werden mußten. Erst nach zweistündiger Arbeit gelang es, das Feuer auf den Herd zu beschränken und zu löschen. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Er salutierte ungeschickt, wie ein betrunkenen Soldat und nahm Bertrams Hand in seine langen, knochigen Finger. Christy war ein langer, gelenkiger Mensch, mit glatt rasiertem Gesicht, das wegen des langen, mageren Unterkiefers und der hervorstehenden Stirn besonders häßlich wirkte. „Eine häßliche Frage“, wie Bertram es oft gekostet hatte, aber von innen heraus erhellt durch dunkle, humoristische, nachdenkliche Augen.

Er war in Hemdsärmeln und gerade dabei, inmitten von schmutzigen Kragen, Socken, Pyjamas, Büchern und sonstigem Kram nach einer langen Reise ein paar Handkoffer auszupacken.

Komme eben von Polen zurück, über Berlin. Günden Sie sich ne Weise an und erzählen Sie mir alles von London, während ich diese Trümmer hier verstaue. Wie geht's Lady Joyce und der britischen Aristokratie?

Dabei sah er Bertram mit dem eigentümlichen Lächeln an, das immer zum Vorschein kam, wenn er Bertram wegen dessen Verwandtschaft mit der „geschwollenen Aristokratie“ neckte. Seine Eltern hatten einen kleinen Laden in irgendeinem Dorf.

„Joyce ist wieder ziemlich wohl“, sagte Bertram. „Sie hatte ein Kindchen, aber es ist tot.“

„D weh!“ rief Christy mit herzlichster Teilnahme. „Das ist traurig. Tut mir so leid!“

„Schlimm für eine Frau, erst ein Wesen zur Welt zu bringen und dann sehen zu müssen, wie es verlischt. Hat mir zu leid getan, das zu hören, Pollard. Das ist für Sie und Ihre entzückende kleine Dame zu traurig. Ja. Aber ich, wissen Sie, ich hätte nie den Mut gehabt, es zu riskieren. Ich hätte trübe Ahnungen gehabt.“

„Wie so denn?“ fragte Bertram.

„Na, überhaupt ein junges Leben in die Welt zu setzen. War's ein Junge?“

„Ja, und er sollte nach mir genannt werden.“

„Wie? Ein Junge? O Gott nein. Ich könnte nicht so ohne weiteres einen Jungen in die Welt setzen. Es wäre zu ungerecht. Noch nicht wenigstens, bis man sieht, wie sich die Dinge gestalten, Major, wissen Sie? Ich fürchte, ich werde ein Freigling.“

Fenster. So hatte Christy oft am Eingange eines Schützengrabens gestanden, als Bertram und er unter der Erde hausten, nicht weit von der feindlichen Linie.

„Wovor haben Sie denn Angst?“ fragte Bertram mit dem töstlichen kleinen Schauder, den er als Kind kannte, wenn die Kinderfrau ihm Gespensergeschichten erzählte.

„Ich fürchte Schlimmes für diese unsere Zivilisation.“ Und dann erzählte er über eine Stunde lang von allem, was er auf seinen Reisen gesehen hatte. Er war in Ost-Europa gewesen, wo die Zivilisation erstarrt. Polen war verarmt, verelend und völlig demoralisiert.

Oesterreich war nur noch der Leichnam einer Nation, die einst ein mächtiges Kaiserreich gewesen war und jetzt einen Wassertopf ohne Leib darstellte. Wien mit seiner Zweimillionenbevölkerung war der Wassertopf. Er beschrieb den Totentanz dieser Stadt, wo Frauen und Kinder verhungerten, den Ruin der intellektuellen und der geistigen Arbeiter. In den Hotels hockten die Fremden und saugten sich an dem sterbenden Mittelpunkt der Zivilisation satt. Internationale Spekulanten häuften Vermögen an durch die Schwankungen des Papiergeldes, schlammig und sossen in Orgien des Lasters mit den Dirnen, die ihr Lächeln für ein Abendbrot und ein warmes Zimmer verkauften. Die alten Paläste von Wien standen noch, und die herrschaftshäuser und die Kirchen und Galerien und Museen auch. Aber dies Erbe einer glänzenden Vergangenheit bröckelte ab, und das Geld fehlte, um es zu erhalten. Niemand konnte sich dem Studium und dem Genuß von Schönheit und Wahrheit, Musik, Malerei und Wissenschaft hingeben, wie früher. Entweder mußte man aufs Land zurück, um dort ein kärgliches Brot aus dem Boden zu graben, oder man mußte verhungern. Und genau so sah es in anderen Ländern aus, in den kleinen baltischen Nationen und im mächtigen Rußland.

In Rußland selbst war er diesmal nicht gewesen, trotz dem es ihn gewaltig hingezogen hatte, aber an der Grenze traf er auf die Flüchtlinge und hörte ihre Sammerberichte. In Rußland lag die Zivilisation im Sterben oder war schon tot. Trotzdem mußte er bald nach Rußland, um die Wahrheit zu erforschen. Es war eine Hungersnot im Anzuge, die Millionen von Menschen vernichten würde. Dort ebenfalls konnten nur solche Menschen am Leben bleiben, die auf der Scholle blieben und ihre Bodenerzeugnisse verzweifelt festhielten.

Würde der größte Teil von Europa wieder zu Bauern werden? Möglich! Aber es konnte noch viel schlimmer kommen!

Auch in Berlin und anderen deutschen Städten war er gewesen. Was ging dort vor? Eine gewaltige Industrie in einem vom Kriege über seine Kräfte angestrengten Volk, das zerstückelt, dessen Stolz zu Boden geschlagen war, das aber mit verzweifelter Entschlossenheit daran arbeitete, seinen Platz in der Welt zurückzugewinnen und seine nationale Einheit zu verteidigen. Es arbeitete mit erstaunlicher Energie und paffte sein ungeheures Genie den Erfordernissen des Versailler Friedens und seinen Strafbestimmungen an. Der Kanonen-Krupp warf jetzt Nähmaschinen, Ernte- und Nähmaschinen, Kassen, Rasiermesser, alles, was sich nur aus Metall schaffen ließ, auf den Weltmarkt. Aber die von den Siegern auferlegten Kriegsabgaben machten alle Anstrengung zu Schanden, die Markt fiel Woche auf Woche. So oft die Entschädigungen bezahlt werden mußten, fiel die Markt in Grund und Boden. Darauf überschwenkte die Druckerpresse das Land mit neuen Markt. Das setzte Deutschland zwar in den Stand, seine Konkurrenten auf allen Märkten zu unterbieten, aber gleichzeitig blutete es sich dabei zu Tode.

Unterdesen zog Frankreich die Schraube immer fester an und stachelte die Deutschen dadurch zu neuem Haß auf, so daß sie schworen, sich zu rächen, wenn auch vielleicht erst in ferner Zukunft, irgendwann, und sollte der Tag noch so lange auf sich warten lassen. Frankreich war entschlossen, lieber die ganze Welt zugrunde zu richten, als daß es Deutschland wieder in die Höhe kommen ließe, und die ganze Welt, England voran, würde ruiniert werden, wenn Deutschland den Weg Oesterreichs gehen müßte und in den Abgrund eines nationalen Bankrotts hinuntergestoßen würde.

Überall waren able Kräfte am Werk, Kräfte der Grausamkeit, der Habgucht, der Dummheit und des Hasses. Die Männer der früheren Ordnung der Dinge hatten noch immer ihre feste Hand an der Staatsmaschine, setzten ein neues Gleichgewicht der Mächte zusammen und bereiteten neue Bündnisse für einen „unvermeidlichen“ Krieg vor. Und ihnen standen wieder jene feindlich gegenüber, welche alle Zivilisation um jeden Preis zerstören wollten, die Revolutionäre aus Prinzip, die Fanatiker, die mit Wörtern und Höhlenleuten im Bunde waren.

Zwischen diesen beiden Extremen stand das arme, geduldige, den Frieden herbeisehnende Volk, das ganz verwirrt war durch die Nichterfüllung aller Hoffnungen nach so unglücklichen Opfern, und das sich in seiner Unwissenheit an falsche Götter wandte, welche seinen niedrigen Intinkten schmeichelten, oder es mit den größten Lügen betäubten. Denn die Masse wollte die Wahrheit nicht hören. (Fortsetzung folgt.)

**Raubmord in der Elsasser Straße.
Ein Händler erdroffelt und beraubt.**

Entdeckung eines Kapitalverbrechens verursachte gestern Mittag im Norden der Stadt lebhafteste Aufregung. Vor dem Tor, dem Hause Elsasser Str. 76, sammelten sich alsbald größere Menschenmengen.

Hier bewohnte seit einem halben Jahr ein 42-jähriger Kaufmann Benno Hamburger eine kleine einfenstrige, im Erdgeschoß liegende Stube. Hamburger, der erheblich kreisbeschädigt war, lebte von kleinen Handelsgeschäften. Er hatte viel Besuch von Händlern. Seit Montag war Hamburger nicht mehr zum Vorschein gekommen. Man hatte zuletzt noch gesehen, daß ein Besucher mit einem großen Koffer unter dem Arm aus seinem Zimmer herausgegangen war. Die Pförtnerin hatte Hamburger längere Zeit nicht gesehen. Auf ihr Klopfen erhielt sie keine Antwort. Sie benachrichtigte das Polizeirevier von ihrer Wahrnehmung. Kriminalbeamte fanden die Stubentür verschlossen. Sie ließen durch einen Schlosser öffnen und fanden, als sie die sorgfältig überbreitete Tülldecke und die Bettdecke zurückschlügen, Hamburger tot im Bette liegen. Sie alarmierten die Mordkommission, die alsbald am Tor erschien. Der Tot hatte einen Knebel im Munde und an beiden Seiten des Kopfes Verletzungen, die von einem stumpfen Hiebwerkzeuge herzuführen scheinen. Er ist wahrscheinlich erdroffelt worden. Bekleidet war er nur mit Unterzeug, Strümpfen und Hosen. Der Erkennungsdienst fotografierte die Leiche mit der Stube und ihrem Inhalt, um den Befund festzulegen. Nach Spuren auf dem Fußboden scheint ein Kampf stattgefunden zu haben. Wahrscheinlich hat der Mörder sein Opfer mitten in der Stube niedergeschlagen. Die Leiche dann in das Bett gelegt und sorgfältig zugedeckt, um eine frühzeitige Entdeckung seines Verbrechens zu verhindern. Allem Anscheine nach liegt ein Raubmord vor.

Der Gerichtshof im Tagometer.

Mit nachsichtigerem Grundlichkeit beleuchtete der Vorsitzende des Potsdamer Amtsgerichts, Amtsgerichtsrat Westphal, die Gefahren, die eine mangelhafte Straßenbeleuchtung herbeiführen kann. Am Abend des 3. Oktober fuhr der 37-jährige Kriegsmajor Karl Wolff mit seinem Krankenwagen, einem sogenannten Selbstfahrer, die Straße „Am Kanal“ in Potsdam entlang, als er plötzlich von einer hinter ihm kommenden Droßke angefahren und auf die Straße geschleudert wurde. Mit blühenden Wunden schaffte man den Verunglückten ins Krankenhaus, wo er längere Zeit verblieben mußte. Der Droßkelenfahrer wurde wegen Körperverletzung angeklagt. Um nun ein genaues Bild dieses bedauerlichen Verkehrsunfalls zu gewinnen, war gestern ein Abendkammertermin mit erscheinender Verhandlung anberaumt. Droßke, Krankenwagen, Zeugen fanden sich an der Unfallstelle ein. Der Vorsitzende bestieg die Droßke, setzte sich auf den Rücksitz und fuhr zweimal an dem Krankenwagen in voller Fahrt vorüber. Dann wieder mußten Anwalt und Verteidiger in die Droßke einsteigen. Rings herum tiefe Dunkelheit. Im Augenblick, als das Geräusch aus der Droßke stieg, führte ein paar Meter weiter ein Radfahrer gegen die Droßkeweile. Nach kurzer Verhandlung kam das Gericht zur Freisprechung des Droßkelenfahrers. Der Vorsitzende hob in der Begründung des Urteils hervor, daß er sich vom Rücksitz aus nicht davon überzeugen habe, daß man den Krankenwagen bei derart mangelhafter Beleuchtung nicht einmal fünf bis sechs Schritte voraussehen konnte.

Ausländer als Dollarfälscher.

Dollarfälschungen größten Umfanges bildeten gestern den Gegenstand einer längeren Verhandlung vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg. Der erst 18 Jahre alte russische Kaufmann Wolf Irrgang und der Ostpreußer Eichenhal hielten sich unter der Anklage des fortgesetzten Münzverbrechens zu verantworten. Ein dritter Mitbeteiligter, der russische Staatsangehörige Wilkenberg, der wegen angeblicher Halbnutzfähigkeit vor dem Termin aus der Haft entlassen worden war, hatte sich verzogen, Deutschland zu verlassen. Im April hatte ein griechischer Kaufmann, der in Berlin größere Einkünfte für den Export nach Griechenland machte, bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattet, daß er und einige seiner Landsleute in einem Café in der Tauentzienstraße 100-Dollar-Roten angekauft hätten, die sich hinterher als gefälscht erwiesen. Die Fälscher hatten aus 5-Dollar-Roten durch Wecheln und Nachdruck 10-Dollar-Roten angefertigt. Es gelang, die Fälscher zu verhaften. Bei ihnen wurden noch ganze Stiche dieser falschen Noten vorgefunden. Während der Angeklagte Irrgang behauptete, von den Fälschungen nichts gewußt und die Noten selbst im guten Glauben erworben zu haben, war der Angeklagte Eichenhal zu seiner vernünftigen Erklärung zu bewegen. Er habe angeblich einen Nervenschuß. Die Gerichtsärzte Prof. Dr. Strauch und Med.-Rat Dr. Thiele äußerten Zweifel

an der Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten Eichenhal, der anscheinend von einer schweren Haftpsychose befallen sei. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einer Abrennung des Verfahrens gegen Eichenhal, dessen Geisteszustand noch genau untersucht werden soll. Irrgang erhielt mit Rücksicht auf den großen Umfang der Fälschungen und den von ihm angerichteten Schaden eine Strafe von 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Auf zum Wahlkampf!

Öffentliche Wählerveranstaltungen:

Heute, Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

- Berlin-Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
- Liebigarten: Arminiushallen, Bremer Straße 73. — Nationalhof, Bülowstraße 37.
- Wedding: Germaniafäle, Chausseestraße 110.
- Spandau: Restaurant Markthalle, Bichelsdorfer Straße.
- Wannsee: Reichsadler, Königsstraße 26. (Beginn 8 Uhr.)
- Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Str. 108. (Beginn 8 Uhr.)
- Friedenau: Rathaus (Bürgerhaas), Am Lauterplatz.
- Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal: Aula Berliner Straße in Niederschöneweide.
- Lichtenberg: Schulaula Parkaue.
- Weißensee: Aula Realgymnasium, Boelckpromenade.
- Pankow: Konzerthaus Linder, Breite Straße 34.
- Reinickendorf-Teget: Schützenhaus in Reinickendorf-Ost, Reifendstraße 1/2.

**Tagesordnung in allen Versammlungen:
Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**

Redner: Aufhäuser, M. d. R., Clara Bohm-Schuch, M. d. R., Crispian, M. d. R., Dr. Freund, M. d. L., Paul Hirsch, M. d. L., Heimg, Regierungsrat Joachim, Künstler, Kuttner, M. d. L., Otto Weier, M. d. L., Dr. Wolfes, Heinrich Ströbel, M. d. R., Heinrich Schulz, Stelling, Dr. Wenzl, M. d. L.

Tempelhof-Mariendorf: Öffentliche Frauerversammlung heute, Freitag, 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Tempelhof, Anzeum, Dorf-Ecke Germaniastraße. Referent: Genossin Todenhagen.

Der Amateurdetektiv.

Ein Abenteuer mit tragischem Ausgang.

Einen tragischen Ausgang hatte der Versuch des Wärmers Rudolf Bloch genommen, sich einmal nach dem Muster der von ihm im Film viel bewunderten Meisterdetektive auf der Suche nach dem Raubmörder Redda zu betätigen.

Bloch hatte sich das Bild des Mörders genau eingepägt und war überzeugt, daß es ihm gelingen müsse, den Gesuchten im Gewühle der Großstadt zu entdecken. Als er am Abend des 6. August von seiner Arbeit kam, ging er durch die Straßen und musterte die Passanten. In der Kastanienallee kam er an einem Kummelplatz vorbei. Dort entdeckte er einen Mann, auf den das Signalment genau zu passen schien. Blugs eilte er zum Polizeirevier, alarmierte die Kriminalpolizei vom Alexanderplatz, und aus dem Revier rückte ein ganzer Schwarm von Polizeibeamten aus, um den Raubmörder zu fassen. Die Streife auf dem Kummelplatz verlief aber ergebnislos. Nirgends war der Gesuchte zu entdecken, nur soviel erfuhr man, daß ein Mann in der von dem Gelegenheitsdetektiv beschriebenen Kleidung kurz vorher in Begleitung einer Dame den Kummelplatz verlassen hatte. Bloch wollte die Finte damit ober nicht in das Kocn werfen, er veranlaßte einen Beamten, ihn durch verschiedene Wirtschaften und Kaffees der Umgebung zu begleiten, aber nirgends fand man eine Spur von dem Gesuchten. Als Bloch heimwärts wanderte, bemerkte er auf einer Bank einen Mann, der den Hut tief ins Gesicht gezogen hatte. Es schien ihm sogar, als ob der Mann, als er den freiwilligen Detektiv herannahen sah, sich noch besonders duckte. Das erschien Bloch verdächtig. Er schritt auf den Mann auf der Bank zu, rief ihm den Hut vom Kopfe und legte ihn wieder auf. Das wollte sich der Mann aber nicht gefallen lassen, eilte dem Davongehenden nach und stellte ihn ziemlich unfaßlich zur Rede. Während des Wortwechsels kamen zwei Schupo-beamte daher, bei denen sich der Fremde über das Verfahren Blochs erregt beschwerte. Bloch entschuldigte sich damit, daß der Mann ihm verdächtig erschienen sei. Die Polizeibeamten rieten beiden, ruhig nach Hause zu gehen. Als die Beamten aber kaum um die

nächste Ecke gegangen waren, hörten sie hinter sich zwei Schüsse fallen. Sie fanden den fremden Mann, einen Arbeiter Smiedarski, tödlich verletzt in seinem Mute am Boden liegend. S. ist auch bald danach gestorben.

Der Ausflug auf das Gebiet des Fimblekietos hatte für Bloch die Folge einer Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, die vor dem großen Schöffengericht Mitte zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte behauptete, daß er von dem fremden Mann nach dem Weggang der Beamten überfallen worden sei. Der Mann hätte ihn mit Häuten bearbeitet und zu Boden geschlagen. Es seien ihm zwei Zähne herausgehauen worden. Dann sei er auch mit Füßen getreten worden, so daß ihm schwarz vor den Augen wurde. In dieser Bedrängnis habe er zur Waffe gegriffen. Er berief sich darauf, daß er zu 50 Proz. schwer kriegsverletzt sei und durch eine Verletzung eine Rückgratverkrümmung habe. Die Polizeileute bestätigten, daß der Geötete ein dem Angeklagten körperlich weit überlegener Mann gewesen sei. Das Gericht kam entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der auf 3 Jahre Gefängnis lautete, zu einer Freisprechung des Angeklagten, indem angenommen wurde, daß er sich in einer vermeintlichen Notwehr befunden habe.

Dreifacher Mordversuch.

Um eine neue Ehe schließen zu können.

Einer schweren Lebensgefahr entging die Ehefrau des Posthilfschaffners Walter Brandt aus der Fiedrichstraße 15, ihr kleines Kind und ihr Bruder. Die Kleine erkrankte in später Nacht und weckte durch Schreien auch ihre Mutter. Diese fand Stube und Küche mit Gas angefüllt. Die Hähne des Kochers und der Stubenlampe waren geöffnet. Es tauchte sofort der Verdacht auf, daß Brandt, der nicht zu Hause war, sie geöffnet habe, um Frau, Kind und Schwager zu vergiften.

Von der Kriminalpolizei zur Rede gestellt erklärte er, daß er sich spät Abends Essen warngemacht und dabei vielleicht den Hahn des Kochers aufgelassen habe. Wenn er auch den Lampenbühnen geöffnet habe, so müsse das in einem Dämmerzustand geschehen sein. Diesen erklärte er aus den Nachwirkungen eines Kopfschuffes. Ein ganz anderes Bild aber ergaben die Ermittlungen. Hiernach lag ein ganz raffiniert vorbereiteter Mordplan vor. Auf dem Postzeitungsamt, auf dem Brandt beschäftigt war, hatte er schon seit acht Wochen davon erzählt, daß er die Bekanntschaft einer geschiedenen jungen Frau gemacht habe. Seine Frau sei schwer krank, so schwer, daß die Ärzte eine Operation verweigerten. Brandt zeigte auch Geld, das er von seinem Schwiegervater erhalten habe, um einen Sarg kaufen zu können. Für den Fall, daß seine Frau sterben sollte, habe er bereits eine Witwenpension, die auch eine neue Wohnung vorsehen habe. Es wurde weiter festgestellt, daß Brandt am Morgen nach der trübsamen Nacht geäußert hatte, er wolle doch einmal anrufen, wie es seiner Frau gehe. Sie habe starkes Fieber gehabt und ihr Zustand sei bedenklich gewesen. Hoffentlich, hat er dabei geäußert, habe sie nicht in ihrem Zustande den Gashahn offengelassen. Dabei habe er auch noch gefragt, wie lange es wohl dauern könne, bis ausströmendes Gas tödlich wirke. Nach stundenlangem Verhör bequeme er sich endlich zu dem Geständnis, daß er Frau und Kind und auch seinen Schwager mit Gas habe töten wollen, um die geschiedene Frau zu heiraten. Er hatte sich in der Küche zu schaffen gemacht und zunächst hier den Gashahn aufgedreht. Dann war er noch einmal in die Stube gegangen, hatte auch den Lampenbühnen geöffnet und war hierauf um 10 1/2 Uhr weggegangen. Brandt wird wegen versuchten dreifachen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Bußtag und Totensonntag.

Der Polizeipräsident hat für die Aufführungen in Theatern, Zirkussen, Kinos, Varietés, Kabarets, Konzerte und sonstigen Vergnügungstheatern am Bußtag und Totensonntag folgendes bestimmt: Am Totensonntag dürfen in Theatern, Zirkussen, Varietés, Kabarets, Konzerte und sonstigen Vergnügungstheatern nur erste Darbietungen stattfinden. Am Bußtag sind die genannten Unternehmungen grundsätzlich geschlossen zu halten. Ausnahmen sind nur zulässig: in Theatern, wenn es sich um ein ernstes, der Weihe des Tages Rechnung tragendes Stück handelt; in Konzerten, in denen regelmäßig nur Darbietungen von höherem Kunstwert stattfinden, z. B. Scharwenko, Blüthnerpaal, Pöhlharmonie, wenn es sich um rein geistliche Musik handelt; in Lichtspieltheatern, wenn Bilder religiösen oder legendären Inhalts vorgeführt werden. In Lokalen mit Schankbetrieb, gleichgültig, ob es sich um Cafés, Konzerte oder ähnliche Lokale handelt, sind musikalische Darbietungen jeder Art, also auch ernste Musik, grundsätzlich verboten. Öffentliche Rennen, Boxkämpfe und ähnliche Veranstaltungen sind gleichfalls verboten, wenn sie gewerblichen Charakter tragen.

Arbeiterbildungsschule. Das Seminar des Genossen Grundwald wird in Rücksicht auf die Wahlbewegung verlegt. Wenn die Arbeiten fortgesetzt werden, wird den Teilnehmern schriftlich mitgeteilt.



ICH HAB'S
Urbin
UND NUR
Urbin
DEN GUTEN
SCHUHPUTZ
KAUFE IHN
ÜBERALL ERHÄLTlich
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg



Gibt euren Kindern nur das beste!
Für Ihre Kinder haben Sie bestimmt alles übrig, denn sie bilden das kommende Geschlecht, auf das sich Ihre Hoffnung richtet.
Die hygienische Herstellung und unser Kirmverfahren sind die Ursache, dass „Schwan im Blaубand“ von Kindern mit Vorliebe als Brotaufstrich gegessen wird, und Sie können ihnen so viel Butterbrote geben, wie Sie wollen, weil dies nicht nur der geringe Preis der Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ ermöglicht, sondern diese auch durch ihre leichte Verdaulichkeit sich besonders für die Kinder eignet.
Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.
Schwan im Blaубand frisch gekirmt

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Vorkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Frisches Fleisch

Schweineschinken	Pfund 98 Pf.
Schweineblatt	Pfund 98 Pf.
Schweinebauch ohne Bellage	Pfund 1 ⁰⁴
Kaibskamm	Pfund 75 Pf.
Kaibskeule u. -Brust	Pfund 96 Pf.
Hammel, dicke Rippe	Pfund 70 Pf.
Hammelrücken	Pfund 76 Pf.
Prima Schmorfleisch o. Knoch.	Pfund 1 ¹⁰
Kassler Rippespeer	Pfund 1 ²⁰

Schweineköpfe gepökelt, Pfund 38 Pf.

Gefrierfleisch

englische Ausstellungsware	
Ochsensuppenfleisch	prima Pfund 50 Pf.
Ochsenschmorfleisch	prima Pfund 75 Pf.

Gemüse/Obst

Weisskohl	Pfund 3 Pf.
Möhren	Pfund 3 Pf.
Wirsingkohl	Pfund 6 Pf.
Blumenkohl Kopf v. 20	Pfund 20 Pf.
Rotkohl	Pfund 5 Pf.
Kochbirnen	Pfund 6 Pf.
Kochäpfel	Pfund 8 Pf.
Baumann Reinette	Pfund 20 Pf.

Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfund 19 Pf.
Auszugsmehl	Pfund 23 Pf.
Vikt.-Erbsen	Pfund 21 Pf.
Tafelreis	Pfund 22 Pf.
Bandnudeln	Pfund 28 Pf.
Grosse Linsen	Pfund 42 Pf.

Wild u. Geflügel

Wildschwein	Pfund 1 ²⁰ an
Suppenhühner	Pfd. 1 ³⁵
Brathühner	Pfund 1 ⁰⁰
Gänse	Pfund 1 ³⁵
Gänsestückenfl.	Pfd. 1 ¹⁰
Gänsekeulen	Pfund 1 ⁹⁵

Fische

Rotbars	Pfund 20 Pf.
Heringsgrüne	Pfund 24 Pf.
Schollen	Pfund 30 Pf.
Schellfisch	Pfd. 36 Pf.

Wurstwaren

Delikat.-Sülze	Pfund 55 Pf.
Rotwurst	Pfund 70 Pf.
Landleberw.	Pfund 75 Pf.
Hausm.-Leberw.	Pfd. 95 Pf.
Fleischwurst	Pfund 1 ⁰⁰
Große Mettw.	Pfund 1 ²⁰
Jagdwurst	Pfund 1 ⁴⁰
Mettwurst	Pfund 1 ⁴⁵

Käse

Kochkäse	Pfund 70 Pf.
Dän.Goudakäse	Pfd. 85 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund 95 Pf.
Brieckäse	Pfund 78 Pf.
Steppenkäse	Pfund 1 ⁰⁰
Schweizer Käse	Pfd. 1 ⁵⁰

Gemüse- und Obstkonserven

Junger Spinat	1/2 Dose 64 Pf.	Stang.-Spargel	1/2 Dose 2 ⁵⁰
Jg. Bohnen	84 Pf.	Stang.-Spargel	1/2 Dose 2 ⁰⁰
Jg. Bohnen I	1 ⁰⁰	Stang.-Spargel	mittel 3 ³⁵
Jg. Wachbohnen I	1 ¹⁰	Stang.-Spargel	stark 3 ⁵⁰
Junge Karotten	58 Pf.	Stang.-Spargel	sehr stark 3 ⁸⁵
Junge Karotten II	72 Pf.	Stang.-Spargel	extra stark 4 ¹⁵
Erbsen mit gerösteten Karotten	58 Pf.	Brechspargel	o. Köpfe 1 ⁹⁵
Erbsen mittel	84 Pf.	Brechspargel	dünn 2 ²⁰
Erbsen mit Karotten, fein	1 ³⁷	Brechspargel	mittel 2 ⁶⁰
Gemüse-Erbsen	43 Pf.	Brechspargel	stark 3 ⁰⁰
Junge Erbsen	58 Pf.	Brechspargel	extra stark 3 ³⁰
Junge Erbsen mittel	85 Pf.	Stachelbeeren	... 90 Pf.
Junge Erbsen fein	1 ³⁰	Sauerkirschen	in Stiel 1 ⁰⁰
Junge Erbsen sehr fein	1 ⁰⁰	Reifekirschen	... 1 ¹⁰
Tomatenpüree	80 Pf.	Sauerkirschen	o. Stiel 1 ³⁰
Pfefferlinge	1 ¹⁵	Kaiserkirschen	o. Stiel 1 ²⁵
Steinpilze	1 ³⁷	Mirabellen	... 1 ⁹⁵

Zucker Pfund 32 Pf.

Vollmilch sterilisiert, 4 Gramm Dosen 1⁰⁰

Speck mager ausländischer... Pfund 88 Pf.

Kakao 90 Pf.

Molk-Butterfett 1/2-Pfund-Stück 90 Pf.

Corned beef 1⁰⁰ Pfund 62 Pf.

1922 ^{er} Remidier	1/2 Fl. 80 Pf., 10 Fl. 7 ⁵⁰	1921 ^{er} Alsterw. Letten, Naturw.	1/2 Fl. 1 ⁹⁰ , 10 Fl. 17 ⁵⁰	Besonders preiswerte Qualitäten:	1922 ^{er} Montagne-Rotwein	1/2 Fl. 1 ⁰⁰ , 10 Fl. 9 ⁰⁰	1921 ^{er} Graves superieur	1/2 Fl. 2 ⁵⁰ , 10 Fl. 22 ⁵⁰	
1921 ^{er} Oberh. Maikammerer	1/2 Fl. 1 ⁶⁰ , 10 Fl. 15 ⁰⁰	1921 ^{er} Croever Herrenb.	1/2 Fl. 2 ⁷⁵ , 10 Fl. 25 ⁰⁰	Vinho do Portugal	1/2 Flasche 2 ²⁵ , 10 Flaschen 20 ⁰⁰	1922 ^{er} Pomerol-Bordeaux	1/2 Fl. 1 ¹⁵ , 10 Fl. 16 ⁰⁰	1921 ^{er} Chât. Fonréaud	1/2 Fl. 2 ⁷⁵ , 10 Fl. 25 ⁰⁰
Alle Weinpreise verstehen sich ausschliesslich Flasche und Steuer!									

Unsere Spielwaren-Ausstellungen sind eröffnet!

DIESES INSERT

soll Sie darauf hinweisen das wir für die

Herbst und Winter-Saison

unsere gesamten Läger weit mehr als in Vorkriegszeiten aufgefüllt haben und unsere wertere Kundschaft zu einer Besichtigung ergebenst einladen. Dem Zuge der Zeit und der allgemeinen Geldknappheit Rechnung tragend haben wir in reichstem Maße für alle Abteilungen preiswerte Waren eingekauft ohne dabei unser altes Prinzip

Nur das Beste ist das Billigste

außer acht zu lassen

Gratis!

geben wir am
Freitag den 31.10.
Sonntag den 1.11.
Montag den 3.11.
zu Beginn unseres
alljährlichen
Weihnachts-Vorverkaufes
4 Wahlzett
beim Einkauf von 10 Pf. an

KAUFHAUS MAX GIESEN

TURMSTRASSE 42 ECKE OLDENBURGERSTRASSE

Erschwingliche Preise!

Ein Sonder-Angebot in Herren-Kleidung

Aus meinen großen Lägern bringe ich folgende Angebote zu Ausnahmepreisen:

Herren - Winter - Paletots	49.- 59.-	Herren-Anzüge	farbig gestreift und andere Muster jetzt Mk. 49.- 65.-
vorzüglich in Stoff und Futter	jetzt Mk.	Blaue Herren-Anzüge	erprobt gute Qualitäten Ausnahmepreis Mk. 52.- 75.-
Herren - Winter - Ulster	54.- 66.-	Jünglings-Anzüge	... Ausnahmepreis Mk. 35.- 45.-
neue schicke Form	jetzt Mk.	Jünglings-Regenmäntel	Ausnahmepreis Mk. 9.- 12.-
Jünglings - Winter - Ulster	29.- 39.-	Knaben-Joppen	... Ausnahmepreis Mk. 14.- 18.-
	jetzt Mk.	Knaben-Anzüge	von 1 bis 3 Jahren . Ausnahmepreis von Mk. 8.- an

Oswin Koutzky, Oranienstr. 166, nahe Oranienplatz

Hochbahnhöfen: Kottbuser Tor und Oranienstraße. — Straßenbahnverbindungen: Linie 3, 27, 28, 29, 36, 44, 47, 48, 49, 93, 98, 128, 148.

Dixin
Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung.

Wahlen und Preise.

Zum Rückgang der Großhandelspreise.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts war der Großhandelsindex am 28. Oktober um weitere 2 Proz. gegenüber der Vorwoche, nämlich von 131,1 auf 128,5 zurückgegangen. Da die Preisentlastungsmaßnahmen der Reichsregierung wirkungslos blieben, schien das Verhängnis einer starken Teuerungswelle seinen Lauf nehmen zu wollen. Lohn- und Gehaltserhöhungen auf der ganzen großen Linie hätten die Folge sein müssen. Aber in dem Augenblicke, wo die Lohn- und Gehaltsempfänger zum Ausgleich der Teuerung höhere Löhne und Gehälter forderten, wehrte sich das Unternehmertum mit der Begründung, daß die Erhöhungen von Löhnen und Gehältern erneute Preissteigerungen zur Folge haben würden.

Diese ebenso eigennützig wie dummdreiste Darstellung war in allen schriftlichen Erzeugnissen der Unternehmerwelt bereits an, wie in früheren Jahren den „wissenschaftlichen“ Nachweis zu führen, daß die geringste Lohn- und Gehaltserhöhung ein Todesstoß ins Herz der deutschen Wirtschaft sei. Die zuständigen Regierungsstellen — Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium — ließen deutlich genug erkennen, daß auch sie von der listigen Irrung solcher „wissenschaftlichen“ Beweisführung eingefangen sind. Dadurch war für die deutsche Wirtschaft eine konfliktisch-mangere Situation geschaffen worden.

In sie hinein fuhr wie der Blitz in die Gewitterwolke die Kunde von der Auflösung des Reichstags. Man sah im Geiste die fahnenjämmerlichen Gesichter der Schieber und Preistreiber am Getreidemarkte, man hörte das Wehklagen der Zollschutzeister im Lager der Landwirtschaft und Industrie. Ihnen allen, allen Schwammen die Felle dahin. Nun stand zu erwarten, daß der Sehnsucht breiter Volksmassen nach Preisabbau Erfüllung werde. Und in der Tat, was die Preisentlastungsmaßnahmen der Regierung nicht zu erreichen vermochten, das ward durch die Auflösung des Reichstags verwirklicht: die Großhandelspreise sinken. Werden ihnen die Kleinhandelspreise folgen?

Das Statistische Reichsamt hat in den letzten Wochen und Monaten einen fast unbeweglichen, mit dem wirklichen Auftrieb der Preise für die Lebenshaltung nicht im Einklang stehenden Lebenshaltungsindex gehabt. Es hat nach in seiner Nr. 19 von „Wirtschaft und Statistik“ — allen Preissteigerungen zum Trotz — angegeben, die Reichsindexziffer für Lebenshaltung vom Juli mit 1,16 sei auch im Monat September unverändert geblieben. Alle einigermaßen Kundigen waren erstaunt über diese Angabe. Nun die Großhandelspreise sinken, sind wir voller Neugierde, ob etwa die Indexziffer für Lebenshaltung nach unten beweglicher wird, als sie es war in der Zeit des Steigens der Preise. Da die Ermittlungs- und Berechnungsmethoden der Indexziffer nach wie vor dieselben geblieben sind, ist zu erwarten, daß bei einem etwaiger merklicher Sinken der Kleinhandelspreise, wovon leider zur Stunde noch nichts zu spüren ist, die unstrittene Indexziffer sich kaum verändern wird. Die Gewerkschaften werden hierüber ein wachsameres Auge haben.

Die Wähler aber haben am 7. Dezember dafür zu sorgen, daß nicht eine Bürgerblockmehrheit nach dem Herzen der Schutzöllner und Spekulanten eine neue Teuerungswelle bewirkt!

Kindernot nach dem Kriege.

Noch heute, fast sechs Jahre nach dem Waffenstillstand, und noch auf viele Jahre vor uns machen sich im Gesundheitszustand des Volkes die furchterlichen Folgen der Kriegsnöte bemerkbar. „Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum“ — sagt Kellner in seiner „Ernährung der landwirtschaftlichen Nuttiere“ — „durch spätere kräftige Nahrungszufuhr ließe sich das, was in dieser Hinsicht verjährt worden sei, wieder ausgleichen und nachholen. Tiere, deren Entwicklung in der Jugend gebremst wird, erlangen in späteren Lebensperioden auch bei sorgsamster Pflege und bester Ernährung ihre volle körperliche Ausbildung in der Regel nicht mehr.“ Wieviel schlimmer liegen die Dinge bei den Menschen, wenn mit kurzen Unterbrechungen dieser Ansturm der Unterernährung immer neu eingeseht und in den Verheerungen der Geldentwertung und der Arbeitslosigkeit dem Nachwuchs der Besessenen immer aufs neue die Lebenskräfte entzogen hat.

So spielt in der Denkschrift über die Not in Berlin, die Oberbürgermeister Böck im vorigen Jahre veröffentlicht hat, das Kinderelend eine besonders große Rolle. Da heißt es: Folgen des Kriegs! In der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegszeit furchtbar; 1920 und 1921 Beginn einer erfreulichen Besserung; mit zunehmender Teuerung empfindlicher Rückschlag, Aufwuchs- und Lebensbedingungen erheblich verschlechtert — vor allem Fehlen der leicht verdaulichen Mehl-, Getreide- und Eierspeisen sowie Milch. Folgen der Unterernährung: Rachitis, schlaffe Muskeln, schwache Knochen, Blutarmut, Tuberkulose, Skrofulose, Drüsenkrankheiten, Stillstand der Entwicklung, schwere Formen der Spätachitis; als Folge der mangelhaften Bekleidung Krankheiten der Atmungsorgane; Magenstörungen mit Magengeschwüren, neuerdings auch bei Kindern häufiger beobachtet; Erkrankungen der Schilddrüse bei Mädchen, Zunahme der Wurmkrankheiten, Schmutzkrankheiten, Ungeziefer, Säuglinge mit minderwertigem oder schädlichem Milcheratz, Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe wegen Kröpfen verzögert oder ganz unterlassen; Heil- und Stärkungsmittel meist unerschwinglich.

Schredliche Zahlen berichten die Schulärzte. Im Bezirk Pantow im Oktober 1921 bei 23 Proz. der untersuchten Kinder Hilfsmittelmaßnahmen dringender, in Schöneberg 1922 von 1428 Schulanfänger 135 gleich 9 1/2 Proz. (1913 2,1 Proz.) zurückgestellt, davon 82 wegen Schwäche aus Unterernährung. Dort war der Körperzustand im Jahre 1913 bei 45,1 Proz. der Kinder gut und bei 13,9 Proz. schlecht, dagegen im Jahre 1922 nur bei 15,8 Proz. gut und bei 27,2 Proz. schlecht. Das in dem reichen Schöneberg. Im Bezirk Prenzlauer Berg aber waren 1922 unter 450 Kindern von 2 bis 6 Jahren 90 Proz. unterernährt.

Ausgesprochene Tuberkulose wurde im Jahre 1914 bei 0,5 Proz. der Anfänger, dagegen 1920 bei 1,2 Proz., 1921 bei 2,5 Proz. und 1922 gar bei 3,2 Proz. der Anfänger festgestellt.

In der Poliklinik des Kinderkrankenhauses zählte man 1913 23 Zugänge tuberkulosekranker Kinder (1 Proz.), und auf 1000 Kinder unter 14 Jahren eine Tuberkulosesterblichkeit von 0,41 Proz.

1922 war dieser Zugang 153 (4,8 Proz.), die Sterblichkeit 1,06 Prozent. In ganz Berlin zählte man rund 15000 tuberkulöse Schulkinder.

Die Zahl der Kinder, die an Skorbut litten, einer schweren, auf mangelhafter Ernährung, ungesunden Wohnungsverhältnissen und Unreinlichkeit beruhenden Krankheit, wie man sie bei verschlagenen Nordpolfahrern kennt, ist nach einem Bericht Professor Finkelstein, des Leiters des Berliner Kinderkrankenhaus, fünfzehnfach so groß als vor dem Kriege.

Die Wirkungen auf Seelenleben und Vernünftigkeit kann man sich vorstellen. „Teilweise erschütternde Berichte der Schulschweltern.“

Bei den Schulklassen und den höheren Schülern über 14 Jahre sind die Wirkungen eher noch auffälliger. So waren 1922 im Bezirk Pantow 22 Proz. der Anaben und 25 Proz. der Mädchen in Größe und Gewicht unternormal, 31 Proz. der Anaben, 30 Proz. der Mädchen, fast ein Drittel, nicht berufsfähig!

Im Bezirk Schöneberg wurde der Körperzustand der Schulklassen im Jahre 1913 bei 53,5 Proz. gut und bei nur 4,9 Proz. schlecht befunden — im Jahre 1922 aber bei nur 35,2 Proz. gut und bei 17 Proz. schlecht. 1913 waren 8,1 Proz. tuberkulös und 0,8 Proz.

Potsdamer Stinktierplage.



In Potsdam ist neuerdings ein massenhaftes Auftreten von Stinktieren beobachtet worden. Zur Bekämpfung dieser Plage hat die Regierung auf den 7. Dezember einen Anti-Stinktier-Tag anberaumt.

rochitisch — 1922 aber 15 Proz. tuberkulös und 8,2 Proz. rochitisch; fast ein Viertel! —

Besonders bedenklich ist das Anwachsen der Geschlechtskrankheiten. Nach den Feststellungen der Ortskrankenkasse Berlin waren aus diesem Grunde im Jahre 1913 658 männliche und 6782 weibliche Mitglieder erwerbsunfähig — 1921 aber 2053 männliche und 14757 weibliche! Dabei zu beachten ist, daß nur ein Teil der Erkrankten arbeitsunfähig wird, ein anderer seine Krankheit gar nicht anmeldet. Auf die jugendlichen Altersklassen entfielen 1921: bis 16 Jahre 52 männlich, 213 weiblich, 17 bis 20 Jahre 351 männlich, 1579 weiblich, 21 bis 25 Jahre 634 männlich, 3926 weiblich; zusammen 56 Proz. mehr als im Jahre 1919.

Berichte gleicher Art kommen aus allen Teilen des Reichs. Vor kurzem hat das preussische Wohlfahrtsministerium dem Landtag zwei Denkschriften über die gesundheitslichen Zustände im Jahre 1923 vorgelegt, die solche und noch schlimmere Bilder aus dem ganzen Staate mitteilen. Nur mit tiefer Erschütterung läßt man die amtlichen Zahlenangaben am Auge vorüberziehen, die in ihrer Knappheit eine unsagbare Menge von bitterster Not und von einem Volkselend ahnen lassen, wie man es in dieser Ausdehnung vor einem Jahrzehnt in einem Kulturstaate nicht für denkbar gehalten hätte. Freilich war auch damals denen, die wissen wollten, allzu viel von Not weiter Schilfen bekannt — man denke an die Feststellungen über Heimarbeitelotend, die Wohnungsuntersuchungen der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse und manches andere — aber alles hat sich doch weit in die Breite und Tiefe ausgebreitet. Mag auch sein, daß die amtlichen Stellen, sei es als Frucht der Staatsumwälzung, sei es, weil die Not auch den Mittelstand ergreifen hat und ihre Feststellung Waffen gegen ausländische Verderber Deutschlands liefern soll, weniger zurückhaltend und beschönigend über diese Dinge berichten als unter dem alten System, wo — nach Wilhelms II. leichtfertigen Prohwort — „für jeden gesorgt war bis ins hohe Alter“. Heute darf wenigstens die Wahrheit berichtet werden. Und sie bringt Schande nicht nur über Poincaré und seine Werkzeuge — auch über viele „Volksgenossen“ (nicht nur „Beute aus dem Osten“, auf die unsere „Nationalen“ so gern die eigenen Säulen abwälzen), die in dieser Zeit der schwersten Not gepircht oder sie gar zu eigener Reichums- und Machtvermehrung ausgenützt haben.

Deutschnationale Lohnpolitik.

Steuerfreiheit für Unternehmer — Lohndruck gegen Arbeiter

Die „Kreuzzeitung“ fühlt sich bemüht, für die deutschnationalen Wohlgelotoren Anleitungen herauszugeben, wie sie sich in der Wahl-agitation zur Lohnfrage zu stellen haben. Zu diesem Zweck veröffentlicht sie in ihrer Nr. 499 vom 23. Oktober einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Der Widerstand der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.“

Also „grundsätzlich“ ist die „Kreuzzeitung“ nicht gegen Lohnaufbesserung. Sie ist aber der Meinung, daß diese von einer Reihe von Voraussetzungen abhängt. Zunächst sei der gegenwärtige Zeitpunkt nicht der richtige. Die Lohnforderungen seien auch nicht an die richtige Adresse gerichtet; die Arbeiter sollen sich gegen die Affilierten wenden und die Aufhebung des Abkommens von London fordern: „Bei einer derartigen Haltung würden die deutschen Arbeiter die gesamte deutsche Wirtschaft an ihrer Seite finden.“ Also statt Lohnerbhöhung Nationalistenrummel. Statt der Riesengewinne der Schwerindustrie, der Konzerne und Syndikate zu Leibe zu gehen, sollen die Arbeiter die Reanchemmel rühren, um das Kraut des Wagens zu überdüngen.

Von einer Erhöhung der Löhne könne aber auch nicht gesprochen werden, wenn nicht vorher „die persönliche Leistung des einzelnen

Arbeiters“ erhöht würde. Aber nicht allein mehr schufteten müßten die Arbeiter und sich für die Rolle des Kononensutters für Kriegsverlierer begeistern. Die Gewerkschaften sollen „gemeinsam mit der Untenehmerschaft die unerhörte Steuerbelastung landwirtschaftlicher und industrieller Betriebe beseitigen.“ Also Steuerfreiheit für die Unternehmer, was natürlich eine weitere Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger nach sich ziehen würde.

Aber auch dann kann noch nicht die Rede sein von einer Lohn-erhöhung. „Die mit der Einziehung der sozialen Lasten betrauten staatlichen Stellen“ wie überhaupt die Kommunal- und Verwaltungsbehörden müßten herabgemindert werden. Also Abbau der Sozialpolitik auf der ganzen Linie. Aber auch dann hätten die Lohn- und Gehaltsempfänger noch kein Anrecht auf Aufbesserung ihrer Bezüge, solange die Reparationslasten bestehen, die bekanntlich u. a. eine Hypothek auf das Industriekapital vorziehen. Mit dieser Hypothek steht es aber in Wirklichkeit so wie mit der „Belastung“ durch die Rentenmarkbank, die schließlich ein glänzendes Geschäft für die „Belasteten“ wurde.

Glänzt ist der deutschnationale Wunschzettel aber noch nicht beendet. „Nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Arbeitszeitfrage“ könne überhaupt von den Löhnen gesprochen werden. Also Verlängerung der Arbeitszeit, und zwar die „Kreuzzeitung“ weist ausdrücklich auf den § 7 der Arbeitszeitverordnung hin, selbst in den gesundheitschädlichen Betrieben! Damit nicht genug. Es dürfe ja kein „Druck auf die Getreidepreise“ ausgeübt werden, wie überhaupt „die Frage der Agrarzölle endlich einer Klärung im positiven Sinne zuzuführen ist“. Also Verteuerung der Lebenshaltung, Freimachung zugunsten der Großgrundbesitzer. Zusammengefaßt sagt die „Kreuzzeitung“, daß nur dann „teilweise“ eine Lohnerbhöhung zugesandt werden kann, „wenn durch eine Erhöhung der persönlichen Arbeitsleistung die erforderliche Vermehrung der Produktion vorher sichergestellt ist“.

Wenn die deutschnationalen Wahrdner mit diesem Programm kein Glück bei den Wählern haben, dann wird das eben wieder ein Beweis gegen die Demokratie sein. Wie wir dem Programm des Unternehmerrinditus Dr. Reiffinger zur größeren Verbreitung verhalten, wollen wir dafür sorgen, daß auch das Lohnprogramm der Deutschnationalen den Arbeitern bekannt wird. Auf der Bismarck-der „Roten Fahne“ einzugehen, die als geistige Bundesheilerin der Unternehmer und der Reaktion ihren „Lohnkampf“ ausschließlich gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie führt, verlohnt sich nicht. Die Arbeiter wissen heute, was sie von den Bundesbrüdern der Hergt und Graefe zu halten haben. Die Gewerkschaften werden sich weder durch die fragwürdigen Rechtfertigungen des Unternehmerrinditus, noch am allerwenigsten durch die Deutschnationalen davon abhalten lassen, die Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher durch die Erhöhung nicht allein der Rationalen, sondern auch der Reallohne herbeizuführen. Sie werden das tun unter Abwägung aller Umstände, aber auch mit Entschlossenheit.

Kapitalistischer als Kapitalisten!

Die Kommunisten als Helfer der Schwerindustrie.

Als im Reichstag über ein Gesetz beraten wurde, das den Kapitalisten eine jährliche Steuerlast von 300 Millionen Goldmark auferlegt, haben die Kommunisten gegen das Gesetz gestimmt. Mit den Bismarck zusammen haben sie gegen die Verschärfung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht gestimmt und dadurch die Schieber geschützt. Sie haben es durch ihr Verhalten so weit gebracht, daß der vorkparteiliche Abgeordnete Dr. Beder-Hessen ihnen öffentlich den

Lauf der Schwerindustrie

ausgesprochen hat. Er erklärte anlässlich der Stellungnahme des kommunistischen Abgeordneten Koenen, der sich gegen die Belastung der Industrie ausgesprochen hatte, wörtlich folgendes:

„Das ist eine rein kapitalistische Auffassung. Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten, das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen. Ich gehe nun nicht einmal so weit wie Herr Koenen. Denn das würde ja bedeuten, daß man jede hohe Steuer bekämpfen müßte.“

Die Kommunisten sind also in ihrer Liebedienerei kapitalistischer als die Kapitalisten selbst. Sie haben sich in ihrem Kampf gegen das Londoner Abkommen oft auch nationalisierter erwiesen als die schlimmsten Nationalisten im Lager der Deutschnationalen und der Deutschbismarck.

Wie sie lügen!

Die „Rote Fahne“ enttäuscht sich über die Verwendung des Ueberschusses von 13 Millionen in der Stadt Berlin. Sie kämpft darüber, daß fünf Millionen an über 65 Jahre alte Sparrer ausgegeben werden sollen. Das werden sich die Sparrer zweifellos merken. Sie höhnt dociler, daß fünf Millionen als niedrig verzinsliche Hypotheken für Neubauten zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiter und Angeleiteten, die Neubauwobnner, die auf die Welle im Laufe des nächsten Jahres zu anständigen Wohnungen kommen, werden darüber anders denken als die „Rote Fahne“. Sie läßt, daß nichts für die Erwerbslosen, nichts für die Rentner geschehe. Die Lügen der „Rote Fahne“ zeigen nur, wie unangenehm es den Kommunisten ist, wenn wirklich die Stadt etwas leistet. Am Tage vorher hat die „Rote Fahne“ berichtet müssen, daß 1,2 Millionen für die Beschaffung von Brennstoffmaterialien für Neubauwobnner bewilligt wurden. Diese Summe wurde ausdrücklich erhöht, damit auch die Erwerbslosen je 10 Zentner Breits erhalten. Selbstverständlich für die „Rote Fahne“ ist das alles nichts. Warum zahlen die Bonzen der „Roten Fahne“ von ihren Gehältern nichts für die Erwerbslosen, anstatt darüber zu schimpfen, wenn andere etwas leisten. Eine Woche vorher ist erst der Beschluß gefaßt, die Renten so zu erhöhen, daß 6 bis 7 Millionen Markt Mehrausgaben für den Winter entstehen. Die „Rote Fahne“ läßt also, wenn sie behauptet, es geschehe nichts. Sie spekuliert höchstens auf die Dummheit ihrer Leser und rechnet damit, daß sie von Tag zu Tag vergehen, was die Fahne selbst hat berichten müssen. Die Lügen der „Roten Fahne“ können die Sozialdemokratie nur noch mehr veranlassen, trotz des Widerstandes der Kommunisten die Arbeit der Gemeinde zu unterstützen, damit sie wirklich soziales Hilfswort leisten kann. Schließlich werden die Lügen der Kommunisten auf niemand mehr Eindruck machen.

Wirtschaft

Genossenschaften gegen Landbank.

Bekanntlich besteht die Absicht, die unter dem maßgebenden Einfluß des Reichslandbundes befindliche Rentenbank unter der neuen Firma Rentenbankkreditanstalt zu vereinigen. Das neue Institut soll gleichzeitig den Personal- und den Hypothekenservice pflegen. Da der Realcredit aber für die nächste Zeit infolge der hohen Zinssätze so gut wie gar nicht in Betracht kommt, würde die Rentenbankkreditanstalt vorläufig nach den eigenen Angaben ihrer Förderer fast ausschließlich den Personalcredit zu pflegen haben. Dadurch aber käme sie in Konflikt mit den großen genossenschaftlichen Organisationen, die bisher die Kreditversorgung der Landwirtschaft mit großem Erfolg versehen haben. Schon die großen landwirtschaftlichen Organisationen haben deshalb gegen den Plan einer Rentenbankkreditanstalt Protest erhoben. Eine neue Kundgebung dieser Art geht jetzt von dem maßgebenden Institut der Kreditgenossenschaft aus.

Es ist dies die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, die jetzt aus einem reinen Staatsunternehmen zu einem genossenschaftlichen Unternehmen umgewandelt worden ist. Bisher das Kapital ausschließlich in Händen des preussischen Staates, so wurde jetzt die Hälfte der Kapitalanteile den Genossenschaften zugewandt, die Kunden der Preussenkasse sind. Es sind dies Genossenschaften aller Richtungen und aller Berufe. Der Wirkungsbereich der Preussenkasse erstreckt sich aber nicht etwa auf Preußen allein, sondern über das ganze Reich. Ihr gehören die großen süddeutschen Bauernorganisationen ebenso an, wie die Konsumvereine und die sozialen Baubetriebe. Der Ausschuss der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, in dem die Genossenschaften selbst durchweg vertreten sind, hat am 29. Oktober folgende Entscheidung mit allen Stimmen bei einigen Enthaltungen gefaßt:

I. Angesichts der jetzt schon unerträglich gewordenen Steuerlast der deutschen Landwirtschaft und im Interesse der baldigsten Wiederherstellung ihrer Grundlagen für den landwirtschaftlichen Kredit muß in erster Linie angestrebt werden, daß die Rentenbankbelastung sobald wie irgend möglich wieder aufgehoben wird und daß, solange sie noch besteht, die dafür von der Landwirtschaft zu entrichtende Abgabe auf das zulässige Mindestmaß beschränkt wird. Grundsätzlich scheint es uns nicht richtig, daß die für die Befriedigung des Kreditbedarfs der Landwirtschaft erforderlichen Mittel im Wege der Zwangsbelastung der Landwirtschaft selbst aufgebracht werden, weil hierdurch neue Mittel zur Kreditgewährung überhaupt nicht geschaffen werden, vielmehr nur das, was auf der einen Seite dem Landwirt genommen, ihm auf der anderen Seite veräußert wieder zugeführt wird.

II. Soweit aber die vorhandenen Mittel der Rentenbank nicht zu einer Ermäßigung der Lasten der Landwirtschaft, sondern zu Kreditzwecken verwendet werden sollen, müssen die Kredite der Landwirtschaft auf dem einfachsten und billigsten Wege unter Vermittlung jeder Lebensorganisation, zugeführt werden, also durch Vermittlung bereits bestehender, mit den erforderlichen Einrichtungen und Erfahrungen ausgestatteter Banken.

Werte Kreise der Landwirtschaft fordern daher, daß die Verteilung der Rentenbankmittel, soweit sie zur Befriedigung des Personalcredits erforderlich sind, der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse übertragen wird, die sich in fast dreißigjähriger Tätigkeit für den weitaus größten Teil der deutschen Landwirtschaft bewährt hat.

Wenn demgegenüber von anderer Seite und insbesondere von den Landbanken die Schaffung einer neuen Kreditanstalt in enger Angliederung an die Rentenbank zu Zwecken des Realcredits gewünscht wird, so will der Ausschuss dagegen keinen Widerspruch erheben, da er der Ansicht ist, daß die Flüssigmachung größerer Mittel für Zwecke des Realcredits eine fühlbare Erleichterung auf dem Gebiete des Personalcredits bringen würde.

III. Als Voraussetzung dieser Lösung betrachtet es jedoch der Ausschuss, daß

1. die zu errichtende Anstalt, soweit in einer Übergangszeit ihre Mittel für Zwecke des Personalcredits Verwendung finden sollen, durch das Gesetz ausschließlich auf die Aufgaben einer Verteilungsstelle für eine engbegrenzte Zahl zentraler Kreditinstitute beschränkt wird;

2. für die Preussische Zentralgenossenschaftskasse die Zuweisung einer ihrem ausgedehnten landwirtschaftlichen Kundenkreis entsprechenden Quote an den zu verteilenden Mitteln sichergestellt wird;

3. die von der Anstalt den mit ihr in Verbindung stehenden zentralen Kreditinstituten berechneten Zinssätze für jede derselben so bemessen werden, daß bei allen der letzte Kreditnehmer den gleichen Zinssatz zahlt;

4. eine Vertretung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in der Verwaltung der Anstalt gesetzlich oder satzungsgemäß gesichert wird.

IV. Diesen Forderungen tragen jedenfalls die vorliegenden Entwürfe nicht Rechnung. Vor allem schließt der § 10 des Satzungsentwurfes die Gefahr in sich, daß die neue Anstalt infolge des Aufbaues ihrer Leistungsfähigkeit auf der Zwangsbelastung durch immer weitergehende Ausdehnung ihres Geschäfts- und Kundentreffes die Preussische Zentralgenossenschaftskasse außerstand setzt, die ihr verbleibenden Aufgaben künftig unter gleich günstigen Bedingungen zu erledigen, wie es bisher der Fall war. Das würde zunächst den Lebensinteressen des großen landwirtschaftlichen Kundenkreises der Anstalt durchaus zuwiderlaufen. Die verminderte Leistungsfähigkeit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse würde sich aber auch auf dem Gebiete des städtischen Genossenschafts- und Konsumvereinswesens auswirken und damit eine schwere Schädigung auch weiterer Kreise des

städtischen Mittelstandes und der Arbeiterschaft bedeuten, die zum großen Teil durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in ganz besonderem Maße hart betroffen wurden.

V. Der Ausschuss sieht sich aus den dargelegten Gründen nicht in der Lage, sich zu den vorliegenden Entwürfen zustimmend zu äußern.

Von der preussischen Staatsregierung erwartet der Ausschuss, daß sie nur einer solchen Lösung zustimmt, welche die unbedingte Gewähr bietet für den weiteren Bestand und die Lebensfähigkeit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, in die der Ausschuss auf Grund ihrer bisherigen leistungsfähigen und von voller Unparteilichkeit und Sachlichkeit getragenen Leistungen zugunsten der deutschen Landwirtschaft und des städtischen Genossenschafts- und Konsumvereinswesens volles Vertrauen setzt.

Deutschland und Japan. Die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen lenken wieder das Interesse auf die Handelsbeziehungen Deutschlands zu diesem Staate, mit dem vor dem Kriege ein Handelsvertrag bestanden hat. Der deutsche Außenhandelsvertrag schreibt dazu: Wenn auch der Anteil Deutschlands am Import Japans im Vergleich mit demjenigen der Vereinigten Staaten und Englands noch sehr gering ist, so hat er sich doch von Jahr zu Jahr stark erhöht. Er betrug 1920 0,5 Proz., 1921 3 Proz., 1922 5,8 Proz., und 1923 ebenfalls 5,8 Proz. Der entsprechende Anteil der Vereinigten Staaten, die die erste Stelle in der Einfuhr Japans einnehmen, ist 37,3 Proz., 35,2 Proz., 31,5 Prozent, 24,2 Proz. Es scheint demnach, daß Deutschland trotz der ungünstigen Bedingungen keine Einfuhr auf Kosten der Vereinigten Staaten vergrößert hat. Die deutsche Einfuhr ist infolgedessen bisher gegenüber der Einfuhr anderer Länder stark benachteiligt gewesen, als Deutschland keinen Handelsvertrag mit Japan schloß und infolgedessen dem japanischen Generaltarif unterworfen wurde, während Großbritannien, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten besondere Vertragsvorrechte besitzen, durch die die Einfuhr dieser Länder nach Japan begünstigt wird. Deutschland befand sich also in einer sehr schwierigen Lage und die japanische Regierung tat nichts, um der deutschen Einfuhr eine gerechtere Behandlung zuzulassen. Im Gegenteil, der am 31. Juli in Kraft getretene Zusatz von 100 Prozent auf den Wert trifft in erster Linie Deutschland, da die meisten anderen Länder durch die Meistbegünstigungsklausel oder die Konventionaltarife gegen diese Zollhöhung mehr oder weniger geschützt sind. Auch durch die Verordnung vom Juni, daß die Einfuhr von Farben der ministeriellen Genehmigung unterliegen soll, ist hauptsächlich Deutschlands Farbenindustrie getroffen worden. Um so dringender ist es, daß jetzt Deutschland mit Japan zu einem Vertrage kommt, der Deutschland dieselben Vorteile einräumt, die die anderen Nationen genießen.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. R. Wir habe darüber nicht berichtet. — H. R. H. Besten Dank. Leider nicht annehmbar.

NEU Blaukopf in Friedensformat
Die beliebteste **38 KRESSIN** ZIGARETTE
in bekannt übertragender Qualität
ZIGARETTENFABRIK OTTO KRESSIN, BERLIN, SCHÖNHAUSER-ALLEE 149

Das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven
Sanatogen
ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.
Proben und Prospektur kostenlos durch Bauer & Cie., Berlin SW 48, Friedrichstraße 231

Anatole France
Selbstbiographie
I. Der kleine Peter
Deutsch von Beatrix Cade
II. Blütezeit des Lebens
Deutsch von Arthur Eißhart
Jeder Band in Halbleinen 3.— 5m.
Diese Kindererinnerungen des klugen, gütigen französischen Ironisten enthalten wundervolle Seiten, nirgends zeigt sich France gütiger, lächelnder, zarter als in diesem lebenswichtigen Buch. Hermann Hesse („Nationalzeitung“).
„Eines der entzückendsten Bücher, die uns France geschenkt hat.“ Dr. G. Hübner („Münchener N. N.“).
„Das Buch enthält soviel Köstlichkeiten herzerquickender Natur, daß man es zu den besten Kindheits-Erinnerungen großer Persönlichkeiten rechnen darf.“ („Danziger Zeitung“).
Ketzend in seiner geistreichen Feinheit hat uns A. France vor einigen Jahren seine Jugendzeit in der Geschichte vom „Kleinen Peter“ erzählt. Ihm folgt nun als Fortsetzung die „Blütezeit des Lebens“, Erinnerungen aus den Jahren am Gymnasium und auf der Universität. In lockerem Gefüge sind die einzelnen Episoden zarte Kunstwerke voll Empfindung und schalkhafter Weisheit. Das kleine Kapitel, das der Verehrer der klassischen Literaturen „Agla“ taucht, zwingt in wenigen Zeilen die ganze Herzensart des Knaben, der zum Jüngling reift. Es möge dem schönen Buch viele beschauliche Leser werden.
Der Bund, Bern.
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Kurt Wolff Verlag München

Herrenkonfektion auf Teilzahlung
Max Friedeberg
Bülowstr. 24
am Hauptbahnhof
Anzüge, Mäntel, Gummimäntel mit geringer Anzahlung und mäßiger Abzahlung in bester Ausführung.

Auf Adresse achten!
Jumper- u. Sportwolle pro Pfund nur M. 6.50
Verkauft an Jedermann, auch in kleinsten Mengen
Qualitätsware in größter Farbenauswahl
Verkauft von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends, durchgehend
Wollvertrieb Bahnhof Börse
im Hause von Café Dobrin
An der Spandauer Brücke 7
Auf Adresse achten!

Garderobe auf Kredit
für Herren u. Burschen
An- und Abzahlung nach Belieben!
Riesen-Auswahl.
Landwehr,
Müllerstraße 7, vorn 1 Tr.
am Weddingplatz.

Zähne v. 1,50 M. auf Teilzahlung
bei kleiner Anzahl u. wöchentl. Anzahl. von 1 M. an
Echte Goldkronen v. 8 M. an, Ersatzkronen 3 M. an
Zahnärztliche mit Teilzahlung 1 M.
3 Jahre Garantie, Vorzinslos 10% Rab. Spreeweg 6-7, Sonn- u. Feiertage
Zahnarzt Dr. dent. Wolf, Potsdamer Str. 55, Bülowstr.

Jackett-Anzüge 30, Ulster 28, Damenmäntel 25 M.
Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzmäntel 10 gebt., Ziegen 15, Sportpelze 70, Gehpelze 100, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäsche, Gardinen, Schuhe usw. — **enorm billig** — im **Leihhaus Moritzplatz 58a** Keine Lombardware

Ultimo, - Witterung, - Geldknappheit -

Diesen drei Faktoren trägt unser Angebot in jeder Hinsicht Rechnung



Kamelhaar-Umschlagschuhe
Filzzwischensohle, Ledersohle,
verdeckte Naht, warm und
mollig.....36-42 **2⁵⁰**

Oesen- u. Agraffenstiefel
kräftige Lederausführung,
wetterfest, gefälliges Aussehen,
36-39 (für Knaben) 6,90, 4⁹⁰
31-35 6,50, 27-30.....

Herren-Schnürstiefel
Rindbox, mit Zwischensohle, weils
gedoppelt, kräftiger Strapsstiefel

Damen-Spangenschuhe
schwarz R'Chevreau, moderne
Form, halbhohler Absatz, be-
sonders billig..... **5⁹⁰**

Damen-Hochschaffstiefel
echt Boxcalf, ausgezeichnete
Strassenstiefel, Gelegenheits-
kauf..... **8⁹⁰**



Luxusschuhe eigener Fabrikation
sind stets die neuesten Modeschöpfungen unter Verwendung
edelsten Materials, bester Zutaten und niedrigster Kalkulation

Leiser

Nur noch kurze Zeit! Vergessen Sie nicht, den Riesen-Räumungsausverkauf der Leiser-Konfektions-
abteilung, Leipziger Strasse 65, welche vollständig aufgelöst wird, zu besuchen

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
6 Uhr: Lohengrin
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Madame
Butterfly
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Guten Morgen,
Hr. Fischer! - Das
Fest d. Handwerker
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Vasantasena
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige
Johanna
von Bernard Shaw
Regie: M. Reinhardt
Kammerspiele
8 Uhr:
Die tote Tante
und andere
Begebenheiten
Die Komödie
Eröffnung Sonntag,
1. November, 7 Uhr
Zum ersten Male
Der Diner
zweiter Horren
von Carlo Goldoni
Regie: M. Reinhardt
Theater 1. & Klempner Str.
7 Uhr Premiere
Der Mann ohne Moral
Th. u. Nollendorfpl.
7.30: Die Geliebte
Sr. Heilheit
mit Fritz Massary
Komödienhaus
8 Uhr: Karussell
Berliner Theater
7.30 Uhr:
Der süße Kavalier

Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue:
Wien gib acht!
Ueb. 1500 wirkende
Kunst des ganzen Tag
Sonnab. u. Sonntag
nachm. 4 U. kl. Pr.
Hänsel u. Gretel
Gr. Märchen-Vorst.
mit Gesang u. Tanz
Deutsch. Künstlertheat.
Täglich 7 1/2 Uhr
Der Tanz um
die Liebe
Operette in 3 Akt.
von Osk. Strauß
Martha Serak
Erikav. I. Hellmann
Paul Grnets / Ro-
bert Nöstberger
Robert Scholz
Hans Wassmann
Georg Basselt
Erich Walter
Mus. Leit.: M. Roth
Tänze: H. Lingens
Bühn. Bild: E. Stern
Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr: Die
Zwillingschwester
Lustig v. L. F. F. F.
Bühn. Durch / J. H. W. W.
Bühn. Bild: J. H. W. W.
Neues Operettenhaus
Täglich 8 Uhr
A. Valentin / L. H. H. H.
in
„Vorstadtheater“
Bühn. v. H. H. H. H.
Wallner-Theat.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Urdel Acosta

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr
Tilla Durieux in:
Ein Idealer Gatte
Tilla Durieux, A. L. L. L.
M. H. H. H. H. H.
L. H. H. H. H. H.
Sonnab. u. Sonntag
nachm. 4 U. kl. Pr.
Schneewittchen
Gr. Märchen-Vorst.
mit Gesang u. Tanz
Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
die große Revue
„Noch und Noch“
Hg. 1. H. H. H. H. H.
3 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Central-Theater
U. G. Wissenwurm
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: D. Troubadour
Intimes Theater
5: Liebeskonzert
Tempo - Tempo!
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th.
am Zoo
Täglich 8 Uhr:
Die Frau
ohne Scheitel
Th. 1. Kommand. Str.
Geschloss. Morgen
7 1/2 Uhr Premiere
Wenn man ver-
liebt ist...
Sz. 2 1/2 u. 8 1/2 u. 11 u. 12 u.
Dramatisch. Theater
Chausseest. 30/31
ir.: W. H. Dieterle
7 1/2 Uhr:
Kommstunde
v. Leo Waldmüller

Circus Busch
Tägl. 7 1/2 Uhr: 3 U.
Keute letz. Tag
Oktober-Spiel.
Kampfstiere
Wasserschaustück
Carmen
Nachm. z. Schluß
„Doruröschchen“
Wasserschaustück
Erw. u. Kind. halb. Pr.
Ab Sonntag, 1. Nov.
Kampfstiere
Kampf unter Wasser!
Volksst. Pr. 1

Der erste proletarische Großfilm:

SCHMIEDE

Regie: Martin Berger

läuft in folgenden Lokalen:

ab 31. Oktober

- „Alhambra“, Film und Bühnenschau, Badstraße
- „Deutsch-Amerikanisches Theater“, Köpenicker Str.
- „Luisentheater“, Reichenberger Straße
- „Germania-Palast“, Charlottfbg., Wilmersdorfer Str.
- „Kammersäle“ (Handwerkerkammer), Teltower Str.
- „Filmpalast Hansa“, Alt-Moabit
- „Union-Theater“, Tegel
- „Tivolitheater“, Tempelhof

ab 7. November

- „Berliner Prater“, Kastanienallee
- „Theater des Weddings“, Müllerstraße
- „Pharus-Lichtspiele“, Müllerstraße
- „Saalburg“, Schöneberg, Hauptstraße
- „Schwarzer Adler“, Lichtenberg
- „Noaks Lichtspiele“, Brunnenstraße
- „Lichtspielhaus“, Baumschulenweg
- „Urania“, Wrangelstraße

Werners Filmverleih
Berlin, Kochstraße 6-7 Telephone: Nollendorf 197

Deutsch-Amerikanisches Theater
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 68
Moritzpl. 80-82
Ab Freitag, 31. Oktbr. bis 6. Novbr.

Schmiede

Für den Achtstundentag!
Der deutsche Film
des schaffenden Volkes!

Die große Bühnenschau!
Das gute Lustspielprogramm

Beginn der Vorstellungen 5, 7 u. 9 Uhr
Eintrittspreise 0,50 bis 2,- Mk.

Sonntag, 2. November, mittags
12 Uhr: Matinee-Vorstellung

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr
Solott'
Hr. H. G. G. G. G.
Ferd. Bonn
Sonnab. 4 U. kl. Pr. 6.00 H.
Gr. Zinnen m. d. Sch.
mit Gesang u. Tanz
Rotköpchen
Dazu Günst-
rückende Variation
Die Zauberbrille
Sonntag 4 U. kl. Pr.
Eine galante Nacht

Th. L. d. Cam. - Turnhalle
Weißensee, Fabrikstr. 23
Sonnab. 4 U. kl. Pr. 7.00 H.
W. Heiden-Heinrich
in:
Die Abenteuerin
Operette von Grzyb
Preis: 50 Pf. b. 2 M.

Goethe-Bühne
Klosterstr. 43
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die natürliche
TOCHTER
Hanna: Else Heims
Abonnenten
halbe Kassenspreise

7 1/2 Uhr **Große Volksoper** 7 1/2 Uhr
Die Zarenbraut

Komische Oper
Direktion: James Klein
8 Uhr Abends 8 Uhr
Diese
Revue
„Das hat die Welt
noch nicht geseh'n“
übertrifft traglos alle
Revue der Welt, da sie
die berühmten Darsteller
des in- u. Auslandes u.
die prächtigste Aus-
stattung der Pariser
Revuebühnenvereinigti
Preise 2 bis 20 M.
Tageskasse
ununterbrochen geöffnet!

Casino-Theater
Lorenzstr. 37 Tag. 8 Uhr
Neu! Neu!
Satan Weib!
Satan Weib! in 4 Akten
Herrn Bauer, Herr Bauer
Vorher: Hünler Teil
Volksst. Pr. 1,-

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Kassenspreise

Metropol-Variete
8 Uhr
Der
internat.
Oktober-
Spielplan!

Reichshallen-Theat.
Abends 8 U. u. 10.30. nachm. 7 Uhr
Stettiner Sänger
Kassenspreise
Herrlich.
Wohlfühl-Brettel. Progr. 1
Ant. 2 Pf. Populäre Preise

Reichshallen-Theat.
Abends 8 U. u. 10.30. nachm. 7 Uhr
Stettiner Sänger
Kassenspreise
Herrlich.
Wohlfühl-Brettel. Progr. 1
Ant. 2 Pf. Populäre Preise

Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung
Rest in 6 Monatsraten
zu niedrigen Preisen lassen Sie die
Schnitten und frei werden!

Keine Inserate können beschreiben, was
an einem Abend alles zu
sehen ist in der großen

Revue der Komischen Oper

Walkalla
am Rosenthaler Tor
Großes internationales
Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preise: 0,40 0,60 1,- 1,50 usw.

Kopp & Joseph's „Zeo“
ohlensäurebäder
sind als Nachkur bei Herzleiden
und Nervosität die besten.
Fabrik Berlin W.

Apollo-
8 Uhr Theater 8 Uhr
Direktion James Klein
Die erste große
Revue-Posse
Das lachende Berlin
Paul Beckers u. G.
Senta Söneland
Eise Balzer-Lichtenstein etc.
Unter anderem:
Die lebende Schreibmaschine
Das Massen-Himmelsbett
Die Wembley-Ausstellung
Parkett 2,50

Winter-Wäntel
Kost-Valerots
Sport-Beize
wie Herren-Moden
aller Art und für alle Figuren
in dem größten Berliner
Spezialgeschäft für diese Art

ALBERT Schenk
Köpenicker Str. 127
1. Stockwerk rechts parterre
Geöffnet 9-7 Uhr.
Der neueste Stoff und wird sofort nach
Erlegung der Anzahlung mitgegeben.
Günstig! Günstig! Günstig!

Wöchentliche Teilzahlung!!!

Elegante Herrenkleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Guter Sitz u. gute Verarbeitung garantiert

Julius Fabian Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage

Vandorf Angebote für Freitag u. Sonnabend

BILLIGE PREISE FÜR GUTE QUALITÄTEN

Konfektion
 Damen-Mantel aus gutem Flanischstoff, in verschiedenen Farben 12.75
 Damen-Kleid aus reinwollnem Cheviot m. Täschchen u. farb. Paspel 6.50
 Damen-Kassak aus Crepe-Marocain, mit langem Arm, sehr kleidsam 9.50

Wäsche
 Damenhemd mit Holmsaum 1.35
 Damenhemd mit Stickerei 1.45
 Damenbeinkleid mit Stickerei 1.45
 Untertaile mit Stickerei garniert . . . 0.95

Strumpfwaren
 Damen-Strümpfe gute Qualität Paar 0.58
 Damen-Strümpfe Seidenthor Paar 1.35
 Herren-Socken einfarbig Paar 0.48
 Herren-Socken grau meliert Paar 0.70

Korsetts
 Büstenhalter aus gutem Wäschstoff . . 0.75
 Büstenhalter aus Trikotstoff, weiß od. rosa 1.25
 Korsett grau oder mode Dreil., mit Languetten-Garn. 1.75
 Hüfhalter mit Gummil- und Haltern . . 2.45

Schürzen
 Damenschürze Wiener od. Juniperform in hübsch Must. 0.95
 Knaben-Schürzen verschiedene Größen 0.95
 Tändel-Schürze mit Stickerei-Volant 0.95

Herten-Artikel
 Selbstbinder aparte Streifen 0.95
 Hosenträger a. kräftig. Gummi mit Lederstreifen od. Band mit Gummibiesen 0.95
 Schals Kunstseide mit kl. Fehlern, sehr schöne Streifen 2.95
 Herren-Hüte moderne Form, neue Farben 4.35
 Oberhemden w. ungewaschen m. Umschlagmansch. 5.90

Damen-Putz
 Seidenplüschhut mit Handgarnitur 6.90
 Seidenplüschhut moderne Cylinderform 7.90
 Seidencharmeuschuh elegant, in versch. Ausführ. 8.75

Handtücher
 Handtuchstoff weiß Dreil. Meter 0.58
 Küchenhandtuch Gerstenkorn, gesäumt u. geb. 0.68
 Stubenhandtuch Dreil., vollweiß, schwere Qualität. 0.98
 Scheuertücher bewährte Qualität 0.28
 Kaffeedecken in vielen Farben 2.45

Handschuhe f. Damen u. Herren, Trikot, farbige Paar 0.95
Damen-Hüte garniert und ungarnt, darunter Seiden-Sammet, Zylinderformen, zum Aussehen 4.90
Damen-Schirme m. modern. Griffen, weiß. Spitze, Futteral 5.50

Seife
Kernseife 62% Fettgehalt, circa 400 Gramm Stück 0.36
Kernseife 62% Fettgehalt, 5 Riegel à ca. 200 Gramm 0.90
Eschweger Seife ca. 250 Gramm 3 Stück 1.00
Lilienmilchseife hochfein 3 Stück im Karton 0.70
Badeselle hochfein 3 Stück à ca. 120 Gramm 0.85
Fein-Soda ca. 2 Pfund . . . 3 Pakete 0.35
Seifenpulver Salmiak-Terpentin (mit Seifenschnitzel) . . . 5 Pakete à 1 Pfund 0.90
Watte-Binden Paket 1 Dutzend 0.85

Schmelz-Schokolade 50% Kakaogehalt 100 Gramm-Tafel 0.28
Kakao gute Qualität 1/2 Pfund 0.48

Verkauf
 von Abonnements-Marken der Berliner Straßenbahn in allen 5 Geschäften

Trikotagen
 Herren-Hemden makofarbig 1.95
 Herren-Hosen makofarbig 1.95
 Herren-Hemden normalfarbig, wollhaltig . . 2.95
 Herren-Hemden normalfarbig, wollhaltig . . 3.95

Warme Schuhwaren
 Umschlagschuhe Kamelhaarstoff, für Damen, mit Filz- und Ledersohle, verdeckt genäht, sehr mollig 3.45
 Schnallenstiefel Kamelhaarstoff, Größe 36-42, mit Filz- und starker Ledersohle, Kappe und Absatzfleck 4.50
 Schnallenstiefel Kamelhaarstoff, Größe 21-24, mit Filz- und Ledersohle . . 1.95
 Cord-Pantoffel für Damen, mit Felldecksohle 0.95

Kleiderstoffe
 Veloutine bedruckt, mod. Muster Meter 1.25
 Blusenstreifen in Kunstseide, Mtr. 1.45
 Cheviot reine Wolle Meter 2.45
 Popeline reine Wolle Meter 3.90

Weißwaren
 Bubi-Kragen aus gutem Rips 0.48
 Bubi-Kragen gestärkt 0.85
 Hemdenpassen 0.90
 Valenciennes-Spitzen u. Einsätze Mtr. 0.08

Baumwollwaren
 Rohnessel ca. 80 cm breit Meter 0.58
 Renforcé für feine Leibwäsche, Meter 0.58
 Bettzücken kariert, Kissenbreite Meter 0.95
 Bettzücken kariert, Deckbettbreite Meter 1.60

Berufskleidung
 Monteur-Jacke aus festem blauen Haustuch 2.75
 Monteur-Hose aus festem blauen Haustuch 2.75
 Malerkittel roh Nessel, gute Qualität . 4.95
 Aerzte-Mantel aus halbbaarem weißen Körper 7.50

Gardinen
 Künstlergardinen engl. Tüll, 3 teilig . Fenster 3.95
 Scheibengardinen 2 x Band Meter 0.55
 Halbstores Etamin, mit Volant 2.45
 Bettdecken Etamin, m. Volant, über 2 Betten 9.75

Handarbeiten
 Waschtischgarnitur 5 teilig, vorgezeichnet . . . 0.95
 Kissenbezug aus schwarzem Ripstoff, vorgez., m. 3 Dock. Wolle 1.45
 Mittendecke mit Einsatz u. Spitze garniert 0.95
 Mittendecke aus schwarz. Ripstoff, ca. 65x85 cm, vorgezeichnet 2.45

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str.

Garderobe
 in guten Qualitäten (Ersatz für Maßarbeit)
auf Teilzahlung
 bei kleinster An- und Abzahlung und ganz bequemen Wochen- oder Monatsraten ganz nach Wunsch der Käufer.
 Zwecks Räumung meiner Riesenligger werden 800 Anzüge, Paletots, Ulster u. Burschen-Anzüge zu billigen Preisen abgegeben.
 Bei genügender Legitimation sofortige Aushändigung der Ware.
COHN
 Im Osten: Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz)
 Im Norden: Badstraße 47-48 (5 Minuten v. Bahnhof Gesundbrunnen).
 Man achte genau auf Firma und Hausnummer!

Nicht zu übertreffen
 ist unsere Marke Cobu. Urteilen Sie selbst und fordern Sie ausdrücklich Cobu. Sie erhalten eine Ware, die sich ebenso vorzüglich als Brotaufstrich wie zum Backen und Braten eignet. Wir gehören zu den ältesten Margarinefabrikanten Europas. Unsere fast 40jährige Fabrikationserfahrung bürgt für die Güte unserer Erzeugnisse. Kaufen Sie noch heute. Überall erhältlich. Preis: 1 H 65 Pf., 1/2 H 45 Pf.



Cobu Margarine
 F. A. Isserstedt & Co., Elberfeld u. Berlin-Pichelsdorf

Gegründet 1890

Centralhaus modern. Herrenkleidung
 Neue Friedrichstraße 35
 neben der Zentral-Markthalle
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
 f. Gesellschaft, Straße u. Sport fertig u. nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wägen.
Teilzahlung von 2 M. an
 Große Auswahl neuester Stoffe!
 Zuschneider und Werkstätten im Hause!
 Kein Warenkredithaus!

Daunendecken 69.-
Stieppdecken
 billig direkt ab Fabrik
 Kein Laden
13 M. Endler, Köpenicker
 St. -Bahnhof Jannowitzbrücke Untergrundbahn Iselinbrücke. Anfertigungen aller Decken. - Geschäftszeit 8-7 Uhr.
 Moritzplatz 16180.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatt. an Private. Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Garderobe
 in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
Herren- Damen-
 Anzüge / Paletots Mäntel / Kleider
 Cutaways / gestr. Hosen Kostüme / Jacken
 Ersatz für Massarbeit.
 Herren- und Damen-Pelze
 Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip ist, den Kunden stets wirklich gediegene und billige Ware zu günstigsten Zahlungsbedingungen zu liefern. - Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben.
BEISER
 Lothringer Strasse 67

Dezimalwagen

 Tafelwag., Gewichte, billigste Preise. Großes Lager
 Georg Wagner
 Köpenicker Str. 71
 10a Lützowstraße
 Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billiger Preise

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
 empfiehlt in bekannt soider Arbeit
 Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Einzel-, Polster- und Nußbaum-Möbel jeder Art.
 Küchen farbig und naturlasier.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
 Beschichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
 Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr.

Auf Teilzahlung
 Herren- und Damen-Garderobe fertig und nach Maß
 Große Auswahl in Maßstoffen sowie großes Lager in Bettwäsche und Gardinen
CREDIT-HAUS
 Rosenthaler Str.
 Eingang Auguststraße 41a, II.
 Wann wird bei Anzahlung sofort mitgegeben.

Die Sozialdemokratie im Wahlkampf.

Massenbesuch unserer Versammlungen.

Kreuzberg und Neukölln, zwei Kreise, die in der Berliner Arbeiterbewegung an erster Stelle stehen...

Genosse Severing.

Einseitig streifte der Redner die englischen Wahlen. Die Konfessionen haben zumeist auf Kosten der Liberalen einen Wahlsieg errungen...

Die englische Arbeiterpartei keinen Stimmenverlust zu verzeichnen hat.

Wahrscheinlich das englische Wahlsystem hat einen abermaligen Sieg der englischen Genossen verhindert...

Die Gefahr neuer Kriege

näher denn je liegt. Warum konnten überhaupt am 4. Mai die Deutschnationalen einen Wahlsieg erringen?...

ein Regierungseinkritt der Deutschnationalen unmöglich

(Beifolger Beifall und stürmische Zustimmung.) Ein Sieg der Sozialdemokratie und der Masse, denn etwas anderes war der Sieg der Nationalen am 4. Mai nicht...

Augenblicklich bin ich noch da. Und wenn die Wählerschaft es will, werde ich nach dem 7. Dezember auch noch da sein.

(Stürmischer Beifall.) Warum soll ich gehen? Die Nationalen haben mein System nicht. Mein System, das die Demokratisierung des Volksstaates und die Beseitigung der Junkerlaste vorseht...

sozialdemokratische Minister nicht ihre Hand zu Arbeitszeitverlängerungen und Lohnulagerungen

gebieten haben, so wird sie es sich gefallen lassen müssen, daß sozialdemokratische Minister auch weiterhin „verloren“.

mut und die Verzagtheit, die sich im vergangenen Jahre bei der niedergedrückten Arbeiterschaft einschleichen konnten...

In der Diskussion verzögerte zunächst ein Redner anarchistisch-kommunistische Weisheiten, während ein anderer zur Stimmenerhebung aufforderte.

Alle Stimmen der Sozialdemokratie, der Friedenspartei.

Nach einem kurzen Schlusswort Severings konnte die imposante Wahlumgebung, die als ein gutes Omen für den Wahlsieg betrachtet werden kann...

In der überfüllten Wählerversammlung in den Hohenzollern-Sälen in Charlottenburg sprach Genosse Kautner. Während sich die bürgerlichen Parteien darum streiten, wer von ihnen die Reichstagsauflösung verschuldet hat...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 7. Kreis Charlottenburg. Montag, den 3. November, 7 1/2 Uhr. Arbeiter-vereinsversammlung in der Aula des Realgymnasiums...

Heute, Freitag, den 31. Oktober:

- 10. Kreis Charlottenburg. Montag, den 3. November, 7 1/2 Uhr. Arbeiter-vereinsversammlung in der Aula des Realgymnasiums...

Morgen, Sonnabend, den 1. November:

- 11. Abt. 8 Uhr bei Goldschmidt, Goldstraße 86. Funktionärerversammlung mit den Betriebsratsvorsitzenden...

Arbeiter Sport.

Schwimmverein Germania Berlin 1867. Gruppe Arbeit. Am Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, beachtete die Gruppe in der Hohenzollern-Sälen...

Die Arbeiter-Sportvereine des Reichs. Abt. 1 und der Athletik-Sport-Club e. V. haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen...

Arbeiter-Kahlfahrer-Club „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 2. November, 10 Uhr. Besprechung...

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 30. Oktober.

- 1. Rennen. 1. Diana VII (G. Jahn), 2. Baron Alatau (S. Mills), 3. Hebernelle (S. Schmidt). Toto: 31; 10. Platz: 15, 19; 10. Ferner liegen: Glänchen W., Handmann, Baron Watis jr., Freiheit, Bismarck, Margot I., Binko, Kornel, Marina.

Und wieder kehrt im Radisport.

Die Sommerbahnen wollen an diesem und dem folgenden Sonntag nicht schließen. Herr Schwartz (Aegidion) und Herr Lücke (Olympia) übertrumpfen sich gegenseitig...

Samson-Römer-Cool. Die beiden Gegner sind nach längerer Verhandlung einig geworden, am 6. November im Sportpalast über 10 Runden zu kämpfen...

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein Post aus nassauischer Gegend über Schokolade zu best. In sehr der begehrtsten Qualität der meisten Marken. Aber nicht nur aus solchen die Schokoladen sein...

Um Ihren Kundentanz zu erweitern und auch den allen werten Kunden wieder eine ganz besonders schöne Gelegenheit zum Einkauf von Schmuck...

Der erste proletarische Großfilm „Schwarz“, unter der Regie des Genossen Maximilian Bogen, ist nunmehr fertiggestellt und läuft ab 1. Oktober ununterbrochen in allen großen Kinostädten Berlins...

Deffl 63 Maassary ROALD 53 EINE ZIGARETTE VON RANG. EDLE WIE DER NAME.

